

Landes-
hauptstadt Kiel



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen P II/64 fortlaufend

Einladung

zu einer Sitzung der Stadtvertretung,
Mittwoch, den 5. November 1947, 15 Uhr,
Rathaus, Ratssaal.

Tagessordnung

1. Gedenken für den verstorbenen Ehrenbürger Kiels Professor Planck.
2. Vereidigung eines Ratsherren.
3. Geschäftliche Mitteilungen
4. Bericht über die Arbeit des Sozialamtes.
5. Betrifft: Bereitstellung von Mitteln für den Einbau von 2 Hydranten im Wohnblock II, Rensburger Landstr. 157 (Drs. 271)
Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.
6. Betrifft: Jahresabschluß 1946 (Drs. 275)
Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.
7. Betrifft: Bewilligung von Mitteln für die Landesschule für Handwerk und angewandte Kunst (Drs. 285)
Berichterstatter: Frau Stadträtin Kühl
8. Betrifft: Bewilligung von Mitteln für das Erziehungswerk für Schul-entlassene (Drs. 286)
Berichterstatter: Frau Stadträtin Kühl.
9. Betrifft: Neuregelung der Zuständigkeiten im Kieler Hafengebiet. (Drs. 293)
Berichterstatter: Stadtrat von Seydlitz.
10. Betrifft: Bewilligung der für die Fertigstellung der Erweiterung des Kraftwerkes Wik und für den Umbau der Schaltanlage erforderlichen Restkosten. (Drs. 294)
Berichterstatter: Stadtrat von Seydlitz.
11. Betrifft: Jahresabschluß der Hafen- und Verkehrsbetriebe für das Rechnungsjahr 1945 (Drs. 301)
Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.
12. Betrifft: Bestellung der Werkleitung der Stadtwerke (Drs. 303)
Berichterstatter: Stadtrat Schatz.
13. Betrifft: Erlaß von Forderungen. (Drs. 326)
Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.
14. Betrifft: Über- und außersplanmäßige Einnahmen und Ausgaben beim Ordnungsdienst infolge Übernahme von Arbeitsgebieten des früheren Polizeipräsidenten auf die Stadt Kiel (Drs. 304)
Berichterstatter: Stadtrat Einfeldt.
15. Betrifft: Straßenverkehrsamt. (Drs. 305).
Berichterstatter: Stadtrat Schwartz.
16. Betrifft: ~~St~~ Nachbewilligung von Mitteln für den Ausbau und Umbau des Kinderheims Hof Hammer. (Drs. 301)
17. Betrifft: B.E.: Stadtrat Kowalewsky.
Bezeichnung der Fachausschüsse pp. für das Dezerhat Stadtplanung und Bauwesen nach dem neuen Organisationsplan. (Drs. 312)
Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.
18. Betrifft: Erhöhung des Zuschusses an die Hafen- und Verkehrsbetriebe. (Drs. 313)
Berichterstatter: Stadtrat von Seydlitz.

19. Betrifft: Erstattungsansprüche für Instandsetzungsarbeiten in der Finnenhaussiedlung Schönberg. (Drs. 319)
Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.
20. Betrifft: Anderweitige Unterbringung der Tbc.-Hauptfürsorgestelle am Stadtring. (Drsl 320)
Berichterstatter: Stadtrat Dr. Hell.
21. Betrifft: Übernahme der Rattenbekämpfung 1947/48 auf das Gesundheitsamt. (Drs. 321)
Berichterstatter: Stadtrat Dr. Hell.
22. Betrifft: Ausbau Mühlenbach. (Drs. 323)
Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.
23. Betrifft: Prüfung der Jahresrechnung 1942 (Drs. 325).
Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.
24. Betrifft: Neu- und Umbesetzung von Ausschüssen. (Drs. 347)
Berichterstatter: Oberbürgermeister Gayk.
25. Verschiedenes.

Den Mitgliedern der Kämmerei sind die genannten Drucksachen bereits zugegangen.

Der Oberstadtdirektor

Hauptausschuß

für Stadtplanung u. Bauwesen

Kiel, den 1. August 1947

Drucksache 271

Betr.: Bereitstellung von Mitteln für den Einbau von 2 Hydranten im Wohnblock II, Rendsburger Landstraße 157

Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.

Antrag: Bereitstellung von RM 5.000,-- bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 452/903 unter der Bezeichnung "Einbau von Hydranten im Wohnblock II, Rendsburger Landstraße 157" unter Entnahme aus den Vorbehaltsmitteln 98/791.

Begründung:

Das Stadtbauamt (Ti 2) hat den Einbau von 2 Hydranten in dem Wohnblock II beantragt, weil die Kanäle dieses Wohnblocks infolge Überbelegung der Häuser und mißbräuchlicher Benutzung der Kanalanlage durch die Einwohner häufig verstopft sind und daher öfter gründlich gereinigt und gespült werden müssen. Die Kanalabteilung des Tiefbauamtes verfügt nicht über das erforderliche Schlauchmaterial, um das Durchspülen unter Inanspruchnahme der Straßenhydranten ausführen zu können. Daher ist die Aufstellung der Hydranten unbedingt notwendig. Die Kosten werden auf RM 2.500 je Hydrant geschätzt.

W ü s t e n b e r g

Ratsherr.

Drucksache 275Betr.: Jahresabschluß 1946Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.Antrag: Genehmigung des JahresabschlussesJahresabschluß 1946

Nach Abschluß der Bücher der Stadthauptkasse zeigt die Jahresrechnung 1946 folgendes Ergebnis:

A. Laufende Verwaltung:

Sollausgabe	84.297.354,31 RM
Solleinnahme	<u>84.079.764,61 "</u>
Soll-Fehlbetrag	217.589,70 RM
	=====

In den Solleinnahmen sind Einnahmereste in Höhe von RM 7.745.288,43 enthalten, auf die zur Deckung von Einnahmeausfällen RM 7.740.000,-- abgeschrieben werden mußten. Die hohe Abschreibung ist geboten, da im Rechnungsjahr 1947 infolge Neuregelung der Grundsteuer für Ruinengrundstücke entsprechende Einnahmeausfälle eintreten werden.

B. Restverwaltung - Reste aus 1945 -

Die Solleinnahmereste betragen RM 8.316.745,98	
Zuzüge beim Einnahmesoll	81.623,17 RM
Die Abgänge beim Einnahmesoll betragen RM 823.771,10 und sind durch Abschreibungen aus Vorjahren gedeckt.	
Die Sollausgaberechte betragen RM 2.031.084,29	
Hiervon wurden erspart	<u>135.966,53 RM</u>
Mithin hat sich die Restverwaltung um	<u>217.589,70 RM</u>
verbessert.	=====

C. Gesamtabschluß nach A und B

Soll- Fehlbetrag der laufenden Verwltg.	217.589,70 RM
Überschuß der Restverwaltung	<u>217.589,70 "</u>
Demnach ist die Jahresrechnung 1946	ausgeglichen
	=====

Der Ausgleich der Jahresrechnung und die Deckung der Abschreibungen können durch die Heranziehung der Bedarfszuweisung der Landesregierung erreicht werden.

N i c k e l s e n
Stadtrat.

Drucksache 285

Betrifft: Bewilligung von Mitteln für die Landesschule für Handwerk
und angewandte Kunst.

Berichtersteller: Frau Stadträtin Kühl.

Antrag: Genehmigung nach § 91 Abs. II DGO zur Leistung folgender
Ausgaben bei dem Unterabschnitt 251/:

a) Überplanmäßige Ausgaben:

54	Fernsprechgebühren	60,-- RM
605	Löhne für Hilfskräfte und für Reinmache- frauen	4.596,-- RM
613	Versicherungs- und sonstige Versorgungs- beiträge	396,-- RM
633	Schulwerkstattbetrieb	4.100,-- RM
641	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	600,-- RM
803	Unterhaltung des Schulinventars, einschl. Ersatz	50,-- RM
81	Sachversicherung	80,-- RM
82	Gewöhnliche Abschreibungen	140,-- RM
86	Haftpflichtversicherungsbeitrag	20,-- RM

b) Außerplanmäßige Ausgaben:

70	Steuern	100,-- RM
77	Vermischte Ausgaben	50,-- RM
902	Ausbau und Neuaufstellung von Maschinen .	870,-- RM

11.063,-- RM

Als Mehreinnahme bei dem Unterabschnitt 251/ sind zu setzen:

24	Einnahmen aus den Werkstätten	6.150, - RM
Die restlichen	4.912,-- RM	

sind der Haushaltsstelle 98/790 zu entnehmen.

Begründung:

Unter der Leitung des Fürsorgeamtes der Stadt Kiel befindet sich in einem Gebäude in Hof Hammer eine Tischlerwerkstatt, der für ihre gegenwärtigen Aufgaben keine Bedeutung zukommt. Es werden Särge für den Bedarf des Fürsorgeamtes hergestellt. Diese Werkstatt soll von der Landesschule für Handwerk und angewandte Kunst übernommen werden, weil Werkstattmaschinen dort dringend für die praktische Ausbildung der Schule benötigt werden und die bisherigen Aufgaben auch hier erfüllt werden können.

Die Ausgaben, die der Landesschule durch die Übernahme der Tischlerei usw. entstehen, werden nachstehend wie folgt begründet:

Zu 54 : Zur Anknüpfung und Erhaltung von Beschäftsbeziehungen, für
Materialbeschaffung u.ä. = 60,-- RM

Zu 605: Es werden 3 Tischler mitübernommen. Bei 150 Arbeitstagen
in der Zeit vom 1.10.47 - 31.3.48 ergeben sich bei einem
Stundenlohn von 0,91 RM und täglich 8-stündiger Arbeitszeit
an Löhnen 3.276,-- RM || Kinderzuschlag für 6 zuschlagberechtigte Kinder | 720,-- RM |
| sowie die erforderlich werdenden Überstunden | 600,-- RM |

= 4.596,-- RM

- Zu 613: 8 % von den Löhnen (4.596,-- RM) 368,-- RM
0,60 o/oo Beiträge von den Löhnen
zur Gemeindeunfallversicherung 28,-- RM
= 396,-- RM
- Zu 633: Holzbedarf für 6 Monate
4 m³ Buche zu 240,-- RM = 960,-- RM
8 " Kiefer " 240,-- RM = 1.920,-- RM
3 " Fichte " 240,-- RM = 720,-- RM = 3.600,-- RM
Bedarf an Nägeln, Beschlägen, Leim,
Beize (geschätzt) 500,-- RM
= 4.100,-- RM
- Zu 641: Da in der Landesschule noch keine Vergleiche vorliegen, sind
die folgenden Kosten geschätzt. Sie belasten den Haushalts-
plan 251 über das veranschlagte Maß hinaus:
Glühbirnen, Sicherungen 50,-- RM
Beleuchtung 50,-- RM
Wasser 30,-- RM
Kraftstrom 350,-- RM
Heizung (anteilig) 120,-- RM
= 600,-- RM
- Zu 70: Es handelt sich um Umsatzsteuer. Der Be-
trag ist geschätzt. 100,-- RM
- Zu 77: Für den Ausbau der von der Tischlerei des Fürsorgeamtes in
Hof Hammer bisher benutzten Maschinen, ihren Transport und
ihre Neuaufrstellung in der Landesschule werden voraussicht-
lich aufzuwenden sein.
Arbeitslohn 60,-- RM
Montage (Maurer und
Elektriker 750,-- RM
Transport 60,-- RM
Sonstige nicht vorher-
gesehene Ausgaben, die
sich aus der Übernahme
ergeben 50,-- RM = 920,-- RM
- Zu 803: Da das zu übernehmende Betriebsinventar langjährig gebraucht
ist, wird folgender Betrag eingestellt = 50,-- RM
- Zu 81: Die übernommenen Maschinen müssen gegen Feuer und Diebstahl
versichert werden # 80,-- RM
- Zu 82: Der Abschreibungswert des von der Landesschule früher genutz-
ten Gebäudes ist bei Haushaltsstelle 251 berücksichtigt.
Die zu übernehmenden Maschinen haben einen geschätzten Wert
von 1.400,-- RM. Davon sind 10% als Abschreibung eingesetzt =
140,-- RM
- Zu 86: Die Hälfte der bei 450/86 für 1947 vorgesehenen Beträge
ergibt = 20,-- RM

Käthe K ü h l
Stadträtin

Drucksache 286.

Betrifft: Bewilligung von Mitteln für das Erziehungswerk für Schul-
entlassene.

Berichterstatter: Frau Stadträtin Kühl.

Antrag: Genehmigung nach § 91 Abs. II DGO zur Leistung

a) folgender überplanmäßiger Ausgaben:

241/65	Erziehungsbeihilfen	10.000,-- RM
241/901	Instandsetzung der Lehrlingswerk- statt Kiel-Gaarden	10.000,-- RM

b) folgender außerplanmäßiger Ausgaben:

241/615	Beihilfen an Lehrlinge	500,-- RM
241/971	Beschaffung von Werkzeug	45.000,-- RM

Als Mehreinnahme im Haushaltsplan 1947 ist zu setzen:

Bei 241/22 65.500,-- RM

Begründung:

Der Haushaltsplan (Unterabschnitt 241 - Erziehungswerk für Schul-
entlassene -) ist seinerzeit ohne Mitwirkung des Schulamtes aufge-
stellt worden. Infolge fehlender Sachkenntnis und mangels Erfahrungen
auf diesem Gebiet erweisen sich die Ansätze für die praktische Durch-
führung als unrichtig.

Zu 241/65: Die bereitgestellten 15.000,-- RM für Erzie-
hungsbeihilfen sind verausgabt. Die beantragten
10.000,-- RM überbrücken einen Zeitraum von
2 Monaten.

Zu 241/901: Um eine Unterbrechung der begonnenen Instand-
setzungsarbeiten zu vermeiden, ist die Bewilli-
gung weiterer 10.000,-- RM notwendig.

Zu 241/615: Als Lehrlinge wurden zahlreiche Flüchtlinge und
Elternlose aufgenommen, denen neben der tarif-
lichen Erziehungsbeihilfe laufend kleine Bei-
hilfen gezahlt werden müssen.

Diese Mehrausgaben werden gedeckt durch erhöhte Mehrein-
nahmen.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses hat der Stadtkämmerer
der Leistung der Ausgaben gemäß § 91 Abs. II DGO. zugestimmt.

Käthe K ü h l
Stadträtin

Kiel, den 3. November 1947.

Drucksache 293. Neue Fassung

Betrifft: Neuregelung der Zuständigkeiten im Kieler Hafengebiet.

Berichterstatter: Stadtrat von Seydlitz.

- Antrag:
- a) Zustimmung zur Erweiterung des von der Stadt Kiel zu bewirtschaftenden Hafengebietes,
 - b) Zustimmung zur Charterung des Wassertankschiffes "Eider und zum Ankauf von 2 Verkehrsbooten,
 - c) Zustimmung zur Einrichtung einer städtischen Hafentüberwachung im Signalturm Blücherhafen.

Ausgelegt: 1 Hafenplan.

Begründung:

Die Royal Navy beabsichtigt, sich aus dem Kieler Hafengebiet weitgehendst zurückzuziehen. Ihre Befugnisse gehen zum größten Teil auf deutsche Stellen, zum anderen Teil auf die Ports & Shipping Branch über. Bereits seit Monaten haben Verhandlungen mit der Bizonalen Hauptverwaltung für Seeverkehr und den örtlichen Dienststellen der Royal Navy stattgefunden, als deren Ergebnis am 15. September 1947 die Verantwortlichkeit für die Unterhaltung und den Betrieb des Hafens Kiel förmlich von der Royal Navy an die Hauptverwaltung für Seeverkehr übergang. Die Hauptverwaltung See hat die Verantwortlichkeit im Einvernehmen mit der Landesregierung Schleswig-Holstein an die Seewasserstraßendirektion Kiel-Holtenau und an die Stadt Kiel weiter übertragen.

Die Grenze zwischen beiden Gebieten verläuft von der Spitze der Mole an der Südseite des Kanals bis zur Südostecke der Reede Holtenau und anschließend bis etwa zur Stadtgrenze auf dem Ostufer. Der genaue Grenzpunkt ist inzwischen an dieser Stelle auf den Fußpunkt der Nordmole des Hafens beim ehemaligen Verpflegungsamt Dietrichsdorf festgelegt worden. Die Abgrenzung ist aus der ausgelegten Karte ersichtlich.

Die neue Abgrenzung bedeutet eine wesentliche Erweiterung des bisherigen Kieler Handelshafens.

Der von der Stadt Kiel bei den zuständigen Stellen vorgetragene Wunsch, nördlich des Kanals an der Westseite der Förde einen Wasserstreifen von etwa 200 m Breite bis zum Leuchtturm Friedrichsort zum abgabepflichtigen Kieler Hafengebiet erklären zu lassen, hat vorläufig keine Zustimmung gefunden.

Die Stadt Kiel wird nunmehr berechtigt sein, in dem erweiterten Hafengebiet öffentliche Gebühren zu erheben, muß andererseits dafür die Unterhaltungskosten einschließlich Betonung und Befeuern der Seezeichen in diesem Gebiet tragen.

Die bisherige Dienststelle "Hafenkapitän Kiel", die von der Royal Navy für ihre Zwecke eingerichtet war, wurde mit dem 15. September 1947 aufgelöst.

Im Zuge der vorstehenden Nearegelung sind folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Übernahme von 3 Angestellten der bisherigen Dienststelle "Hafenkapitän Kiel" (bisherige Angestelltenzahl 10) für den Hafenüberwachungsdienst,
2. Mietweise Übernahme des Wassertankschiffes "Eider" für die Trinkwasserversorgung der Handelsschiffe,
3. Ankauf von 2 Verkehrsbooten,
4. Ankauf eines Rankleichters sowie von etwa 4 Schuten.

Die Maßnahme zu 4. hat sich erst nachträglich als notwendig und möglich erwiesen und ist daher Gegenstand einer besonderen Vorlage geworden, die noch später eingebracht wird.

Die sonstigen neu entstehenden Hafenaufgaben, wie Gestellung von Schwimmkränen, Schleppern, Eisbrechern usw., berühren die Hafen- und Verkehrsbetriebe der Stadt Kiel nicht unmittelbar. Sie werden an Privatfirmen vermittelt werden.

Wegen der Bereitstellung von Mitteln für die neuen Aufgaben sind besondere Vorlagen gefertigt.

v. Seydlitz
Stadtrat.

Kiel, den 27. August 1947

Drucksache 293

Betrifft: Neuregelung der Zuständigkeiten im Kieler Hafengebiet.
Berichterstatter: Stadtrat von Seydlitz.

- Antrag: a) Zustimmung zur Erweiterung des von der Stadt Kiel zu bewirtschaftenden Hafengebietes,
b) Zustimmung zur käuflichen oder mietweisen Überlassung des Wassertankschiffes "Eider" und zum Ankauf von 2 Verkehrsbooten,
c) Zustimmung zur Einrichtung einer städtischen Hafenüberwachung im Signalturm Blücherhafen.

Begründung:

Die Royal Navy beabsichtigt, sich aus dem Kieler Hafengebiet weitgehendst zurückzuziehen. Ihre Befugnisse sollen zum größten Teil auf deutsche Dienststellen, zum anderen Teil auf die Ports & Shipping Branch übergehen.

Nach den augenblicklichen Stand der bereits seit Monaten stattfindenden Verhandlungen mit der Bizonalen Hauptverwaltung für Seeverkehr und den örtlichen Dienststellen der Royal Navy ist als Zeitpunkt für die Neuregelung der 1. September 1947 festgelegt worden. Zu diesem Zeitpunkt wird die bisherige für Zwecke der Royal Navy eingerichtete Dienststelle "Hafenkapitän Kiel" aufgelöst. Nach Informationen der letzten Tage wird sich dieser Zeitpunkt noch um $\frac{1}{2}$ - 1 Monat verzögern.

Der Stadt Kiel wurde nahegelegt, ihre Wünsche auf Abgrenzung des von ihr zu bewirtschaftenden Hafengebietes zu äußern. Im Einvernehmen mit der Seewasserstraßendirektion Kiel-Holtenau wurde eine vorläufige Grenze für das zukünftige Hafengebiet in Vorschlag gebracht, die von der Spitze der Mole des Kaiser-Wilhelm-Kanals bis zur Südstecke der Reede und anschließend bis zur Stadtgrenze auf dem Ostufer verläuft. Diese Abgrenzung bedeutet eine wesentliche Erweiterung des bisherigen alten Handelshafens.

Noch weitergehende Abgrenzungen über die Kanalgrenze hinaus werden nicht für zweckmäßig gehalten, da hier das Gebiet der Seestraße beginnt und eine Einbeziehung der Wasserfläche in das Wirtschaftsgebiet der Stadt Kiel eine zu große finanzielle Belastung bedeuten würde, jedoch wird in Vorschlag gebracht, an der Westgrenze der Kieler Förde nördlich des Kanals einen Streifen von etwa 200 m Breite bis etwa zum Leuchtturm Friedrichsort zum Abgabepflichtigen Kieler Hafengebiet erklären zu lassen.

Der vorstehende Vorschlag wurde von allen beteiligten städtischen Dienststellen einschließlich des Planungsamtes und des Stadtwirtschaftsamtes gebilligt und hat folgende Maßnahmen zur Folge:

1. Übernahme von 3 Angestellten der bisherigen Dienststelle "Hafenkapitän Kiel" (bisherige Angestelltenzahl = 10) für den Hafenüberwachungsdienst,
 2. Übernahme des Wassertankschiffes "Eider" für die Trinkwasserversorgung der Handelsschiffe,
 3. Übernahme von 2 Verkehrsbooten, die bisher der Royal Navy unterstanden.
- Ob die Wasserfahrzeuge tatsächlich zugewiesen werden, steht im Augenblick noch nicht fest.

Die sonstigen neu entstehenden Hafenaufgaben, wie Gestellung von Schwimmkränen, Schleppern, Eisbrechern usw., berühren die Hafen- und Verkehrsbetriebe der Stadt Kiel nicht unmittelbar. Sie werden an Privatfirmen vermittelt werden.

Wegen der Anforderung von Mitteln erfolgt besondere Vorlage.

Der Hauptausschuß für die städtischen Betriebe hat der Vorlage in seiner Sitzung am 22.8.1947 zugestimmt.

v. Seydlitz
Stadtrat

Hauptausschuß für die
städtischen Betriebe

Kiel, den 25. August 1947.

Drucksache 294

Betrifft: Bewilligung der für die Fertigstellung der Erweiterung des Kraftwerkes Wik und für den Umbau der Schaltanlage erforderlichen Restkosten.

Berichterstatter: Stadtrat v. Seydlitz.

Antrag: Genehmigung gemäß § 91 Abs. II DGO. zur Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe von 494.500,- RM bei den neu einzurichtenden Konten 220/13 mit der Bezeichnung "Restarbeiten für die Erweiterung des Kraftwerkes Wik" und 2205/2 mit der Bezeichnung "Umbau der Schaltanlage im Kraftwerke Wik". Die Finanzierung erfolgt aus eigenen Mitteln der Stadtwerke.

Begründung:

Im Zuge der Erweiterung der Erzeugungsanlagen im Kraftwerk Wik mußte auch die Schaltanlage umgebaut werden, da die alten Anlagen für die erhöhten Leistungen nicht mehr betriebssicher waren. Hierfür wurden bereits in den Jahren 1941 bis 1943 641.000,- RM bereitgestellt. Infolge der Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung und der ungünstigen Montageverhältnisse kann der Erweiterungs- bzw. Umbau erst jetzt beendet werden. Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen:

I. Erweiterungsbau

Bis heute aufgelaufene Baukosten	846.937,- RM
noch aufzuwendende Baukosten für Schaltmaterial	60.000,- RM
Montage	60.000,- RM
Maurer- und Malerarbeiten	16.000,- RM
Belüchtungsanlagen	4.500,- RM
Unvorhergesehenes	10.563,- RM

II. Umbau Schaltanlage

Kesselhaus	27.000,- RM
Maschinenhaus	25.500,- RM
Wasserzentrale	6.000,- RM
Schaltwarte	7.000,- RM
Schlackenbunker	64.000,- RM
Bauleitungskosten für Restarbeiten	8.000,- RM

zus.: 1.135.000,- RM

bisher wurden bewilligt:

641.000,- RM

Noch benötigte Kosten:

494.500,- RM

Nach Prüfung durch das Syndikat ist das Objekt des Kraftwerkes Wik im Zuge der Entflechtung der Betriebe in das Eigentum der Stadt Kiel übergegangen. Eine Beteiligung der BG. an den Kosten ist daher rechtlich nicht zu begründen.

v. Seydlitz
Stadtrat

Drucksache 301

Betrifft: Jahresabschluß der Hafen- und Verkehrsbetriebe für das Rechnungsjahr 1945.

Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen

- Antrag: a) Festsetzung des Jahresabschlusses und des Jahresberichts nach § 21 der Eigenbetriebsverordnung,
b) Verzicht auf eine Veröffentlichung.

Begründung:

Nach den von den Hafen- und Verkehrsbetrieben vorgelegten Unterlagen schließt die Erfolgsrechnung des Rechnungsjahres 1945 in den Aufwendungen und Erträgen mit 1.401.462,52 RM. Der Ausgleich wurde herbeigeführt

a) durch einen allgemeinen Zuschuß des ordentlichen Haushalts an den Erfolgsplan in Höhe von	667.797,02 RM
b) durch einen Sonderzuschuß des ordentlichen Haushalts in Höhe von	96.110, - RM
Insges.	<u>763.907,02 RM</u>

Mit diesem Zuschuß ist der ordentliche Haushalt 1945 ausweislich der Bücher der Stadthauptkasse belastet worden. Sämtliche Betriebszweige treten im Rechnungsjahr 1945 als zuschußbedürftig auf, wogegen im Vorjahre noch Überschüsse bei der Kleinbahn Suchsdorf-Wik und bei den Fischereieinrichtungen zu verzeichnen waren. Der Gesamtzuschuß verteilt sich auf die einzelnen Betriebszweige wie folgt:

Kleinbahn Suchsdorf-Kiel-Wik	86.926,70 RM
Anschlußbahn Neuwittenbek-Bossbrook	20.265,13 RM
Hafenbetrieb	416.886,59 RM
Fischereieinrichtungen	3.978,53 RM
Fährbetrieb	164.786,59 RM
Segelsportanlagen	15.407,24 RM
Nordostseehalle	43.325,11 RM
Wägerei	12.331,13 RM
Insges.	<u>763.907,02 RM</u>

Unter den Aufwendungen des Eigenbetriebes treten als wesentliche Belastung hervor:

a) Zinsen für das allgemeine Kapitalvermögen	141.322,08 RM
b) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf das Anlagevermögen	146.679,34 RM
c) Personalkosten	483.194,31 RM
d) Steuern	150.227,43 RM
e) Verwaltungskostenanteile	195.638,56 RM

Die Jahresbilanz schließt auf der Vermögens- und Schuldenseite mit 19.108.655,57 RM

Der Wert des Anlagevermögens betrug am 31.3.46 14.613.385,87 RM

Das in Anlagen investierte Eigenkapital ist ausgewiesen mit 10.025.871,45 RM

Die Offenen Rücklagen erreichten am 31.3.46 einen Stand von 4.453.689,68 RM

Hiervon entfallen 2.625.564,21 RM auf die Erneuerungsrücklage und 1.693.758,- RM auf die Finanzierungsrücklage.

~~Der~~ Der Schuldenstand der allgemeinen Neuanleihen hat sich infolge des Leistungsstops der Militärregierung mit 1.036.302,37 RM gegenüber 1944 nicht geändert.

Nach § 21 EBVO sind der Jahresabschluß und Jahresbericht von ~~der~~ der Stadtvertretung mit dem Feststellungsvermerk zu versehen.

N i c k e l s e n
Stadtrat.

Kiel, den 6. August 1947

Drucksache 303

Betr.: Bestellung der Werkleitung der Stadtwerke

Berichterstatter: Stadtrat Schatz

Antrag: Zustimmung zu den Vorschlägen des Hauptausschusses für Personalfragen, die Werkleitung in folgender Form zu bestellen:

1. Werkleiter: Direktor P l o p p a,
Werkleiter "Wasser": Betriebsdirektor M e h r e n s
Werkleiter "Gas": Betriebsdirektor Dr. S i e b e l
Werkleiter "Elektrizität": Betriebsdirektor Dr. Schröder.

Die Vertretung des 1. Werkleiters erfolgt in der Reihenfolge:

Werkleiter M e h r e n s,
" Dr. S i e b e l,
" Dr. S c h r ö d e r.

Für die Geschäfte der laufenden Verwaltung wird außer
Dipl.-Ing. M i s s f e l d t und Stadtamtmann S c h u l z e
der Stadtoberinspektor K o c h als Bevollmächtigter der
Stadtwerke bestellt.

Begründung:

Nach der Betriebssatzung der Stadtwerke vom 12. Juni 1947, wird die Stadt Kiel in Angelegenheiten der Stadtwerke durch die Werkleitung vertreten. Die Werkleitung ist von der Stadtvertretung zu bestellen. Diese Bestellung ist bisher nicht erfolgt. Z. Zt. sind formell Direktor Ploppa durch Berufung des fr. Oberbürgermeisters Dr. Emcke zum 1. Werkleiter und Dr. Siebel als Werkleiter "G" durch die alte Dienstanweisung von 1942 zur Vertretung befugt. Werkleiter "W" Betriebsdirektor Mehrens - und Werkleiter "E" - Betriebsdirektor Dr. Schröder - sind bisher nur durch Beschluß der Kämmerei zu Werkleitern bestellt worden.

Für die Geschäfte der laufenden Verwaltung sind bevollmächtigt
Dipl.-Ing. Mißfeldt und Stadtamtmann Schulze.
Die Stadtwerke beantragen, diese Vollmacht auch für den Vertreter
des Dienststellenleiter - Stadtoberinspektor Koch - zu erteilen.

S c h a t z
Stadtrat.

Drucksache 326

Betrifft: Erlaß von Forderungen.

Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.

Antrag: Erlaß von 7.788,95 RM.

Ausgelegt: 3 Erlaßlisten.

- Beschlußfassung durch die Stadtvertretung -

Begründung:

Von den nachstehend aufgeführten Dienststellen werden Erlaßlisten mit folgenden Beträgen vorgelegt:

Stadtbauamt	7.315,06 RM (Pflasterabgaben)
Schul- und Kulturamt	195,70 "
Schulverwaltung	278,19 "
	<hr/>
	7.788,95 RM
	=====

Die Einzelbegründungen sind aus den ausgelegten Listen ersichtlich. Die Kämmereiverwaltung und das Rechnungsprüfungsamt haben gem. § 38 Abs. 4 Gem.HVO. keine Bedenken erhoben. Der Finanzausschuß hat der Vorlage zugestimmt.

N i c k e l s e n
Stadtrat

Kiel, den 12. September 1947

Drucksache 304

Betr.: Über- und außerplanmäßige Einnahmen und Ausgaben beim Ordnungsdienst infolge Übernahme von Arbeitsgebieten des früheren Polizeipräsidenten auf die Stadt Kiel.

Berichterstatter: Stadtrat Einfeldt.

Antrag: Genehmigung gemäß § 91 Abs. II DGO. zur Leistung der in der Anlage aufgeführten außer- und überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt RM 222.052,--. Zum Ausgleich der vorstehenden Mehrausgaben sind die Einnahmen bei der Haushaltsstelle 11/13 - Verwaltungsgebühren - um RM 80.000-- und bei der Haushaltsstelle 11/31
- Sonstige Einnahmen - um 142.052--
zu erhöhen.

Begründung:

Infolge der Übernahme der Aufgaben und des Personals des früheren Polizeipräsidenten durch die Stadt Kiel ab 1.4.47 auf Grund der Erlasse der Landesregierung Schleswig-Holstein vom 23.12.46 (I P.S.P.) 701.12 und vom 19.4.47 - I.12.S.P.701 - ist die Aufstellung eines Nachtragshaushaltsplanes für 1947 erforderlich geworden. Mit dem gleichen Zeitpunkt ist auch die Zulassungsstelle wieder dem Ordnungs- und Vollzugsdienst zugeteilt worden, wo sie auch vor der Kapitulation gewesen ist, da sie fast ausschließlich polizeiliche Aufgaben durchzuführen hat.

Die seit dem 1.4.47 durchgeführten Sparmaßnahmen einerseits und die Aktivierung der Einnahmen bei Gebühren, Ordnungsstrafen und Mehrerlösen andererseits, lassen bereits jetzt erkennen, daß der zuerst berechnete Zuschuß von etwa RM 150.000,-- nicht erforderlich sein wird. Es werden sich vielmehr die Einnahmen und Ausgaben mit RM 22.052 ausgleichen.

E i n f e l d t
Stadtrat.

Kiel, den 2. September 1947.

11 Ordnungsdienst.

Einnahmen:

13	Verwaltungsgebühren	80.000
31	Sonstige Einnahmen	<u>142.052</u>
		222.052
		=====

Ausgaben:

500	Gehälter für Beamte	86.365	
5020	Vergütungen für planmäßige-Angestellte	33.846	
510	Ruhegehälter, Hinterbl. Bezüge für Beamte	38.000	
511	desgl. für Angestellte	2.505	
513	Versicherungs-u.Versorgungsbeiträge	3.758	
53	Bücher, Zeitschriften Zeitungen	650	
54	Fernsprech-u.sonstige Postgebühren	3.300	
55	Bekanntmachungen, Vordrucke, sonstige wöchentliche Verwaltungsausgaben	7.500) 5.000)	an 003/22
604	Sondervergütungen.	600	
605	Löhne für Arbeiter und Reinmachefrauen	3.916	<u>Zu 605: Löhne f.Arb.</u> 1.900 desgl.f.Rein- machefrauen <u>2.016</u> 3.916
613	Versicherungsbeiträge und sonstige Versorgungsbeiträge	305	
62	Verbrauchsstoffe	600	
631	Sonstige Sachkosten	2.607	
640	Mieten	3.000	
641	Heizstoffe, Beleuchtung	750	
65	Ankauf v. Nahrungsmittel	1.500	
66	Prüfungs-Sachverständigen und Zeugengebühren	14.200	
73	Reise- und Fahrkosten	1.700) 8.700)	<u>Zu 73: an 005/22</u>
77	Vermischte Ausgaben	100	
901	Beschaffung von Fahrrädern	150	
		<u>222.052</u>	
		=====	

Drucksache 305

Betr.: Straßenverkehrsamt

Berichterstatter: Stadtrat Schartz

Antrag: Bereitstellung von RM 127.820,-- bei dem neu einzurichtenden Unterabschnitt 718 mit der Bezeichnung "Straßenverkehrsamt" unter Entnahme aus den Vorbehaltsmitteln der Haushaltsstelle 98/791.

Begründung:

Auf Anordnung der Militärregierung ist eine Reihe von Aufgaben auf den verschiedensten Gebieten der öffentlichen Verwaltung von der britischen Militärregierung auf die Landesregierung übertragen. Im Zuge dieser Maßnahmen hat die Straßenverkehrsdirektion ihren Charakter als Sonderverwaltung verloren und ist in das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr eingegliedert. Dementsprechend hat die Landesregierung Schleswig-Holstein durch Erlaß vom 5. April 1947 angeordnet, daß die Straßenverkehrsämter Bestandteile der Stadt- und Landkreisverwaltungen werden. Diese Anordnung ist rückwirkend ab 1. April 1947 in Kraft getreten.

Die Aufgaben sind vom Stadtwirtschaftsamt übernommen und mit den Aufgaben auf dem Gebiet der Kraftstoffbewirtschaftung in der Abteilung 3 - Verkehr - zusammengefaßt.

Der Abteilung 3 obliegen nunmehr insbesondere:

- 1.) die Bearbeitung der Anträge auf Zulassung von Kraftfahrzeugen
- 2.) die Ausstellung der Permits für Kraftfahrzeuge und die Ausgabe der Nummernschilder,
- 3.) die Ausstellung der Fahrtenbücher,
- 4.) die Bewirtschaftung der Kraftfahrzeugbereifung und der kontingentierte Werkstoffe für Kraftwagenreparatur,
- 5.) die Lenkung des Kraftwageneinsatzes (einschl. der Omnibuslinien und der Großflächenräumung),
- 6.) die Beschlagnahme von Kraftfahrzeugen,
- 7.) die Durchführung von Sonderaufträgen der Militärregierung, (z.B. Überprüfung der stillgelegten Fahrzeuge),
- 8.) die Lenkung der Kraftfahrzeugführer Ausbildung,
- 9.) die ~~Mitwirkung~~ bei Verkehrskontrollen,
- 10.) die Prüfung der Fahrtenbücher,
- 11.) die Überwachung der Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten,
- 12.) die Zulassung nicht-landwirtschaftlicher Pferde, Zuweisung von Futter und Fahrzeugen,
- 13.) die Verteilung von Pferdegeschirr,
- 14.) die Lenkung des Einsatzes von Gespannen im Fuhrgewerbe,
- 15.) die Bewirtschaftung von Kraftstoffen.

Der bei der Übernahme des Straßenverkehrsamtes von der Landesregierung aufgestellte Haushaltsplan schloß mit einer Gesamtausgabe von RM 156.234,-- ab. Das Stadtwirtschaftsamt hat diesen Betrag im Zuge einer Umorganisation auf die in dieser Vorlage angeforderten RM 127.820,-- herabgedrückt.

Wegen der Beteiligung des Landes an den Kosten werden z. Zt. Verhandlungen zwischen den beteiligten Ministerien geführt.

S c h w a r t z

Stadtrat.

Der Vorsitzende des Hauptausschusses
für soziale Verwaltung und Flüchtlings- Kiel, den 22.8.1947.
fragen.

Drucksache 311

Betrifft: Nachbewilligung von Mitteln für den Ausbau und Umbau des
Kinderheims Hof Hammer.

Berichterstatter: Stadtrat Kowalewsky.

Antrag: Bereitstellung von 21.000 RM bei der neu einzurichtenden
Haushaltsstelle 471/972 - Einrichtung des Kindervollheims
Hof Hammer - II. Rate - unter Entnahme aus den Vorbehalts-
mitteln der Haushaltsstelle 98/791

Begründung:

Mit dem Umbau des ehemaligen Herrenhauses Hof Hammer ist Januar
1947 begonnen worden. Bereitgestellt waren 20.000 RM, wovon 9.800 RM
auf bauliche Arbeiten entfielen. Ein großer Teil der verursachten
Mehrauslagen ist durch nicht vorhergesehene Schäden am Hause und an
der Heizungsanlage bedingt. Der jetzt erfolgte Kostenüberschlag er-
fordert einen Mehrbetrag von 21.000 RM, die zur Fortführung des Um-
baues erforderlich sind. Eine Einsparung bei anderen Haushaltsstellen
kann nicht erfolgen. Mehreinnahmen sind nicht zu erwarten. Die Mehr-
einnahmen, die nach Abschluß des Bauvorhabens durch die Mehraufnahmen
von Kindern zu erwarten sind, sind schon bei der Aufstellung des
Haushaltsplans 1947 mit in Ansatz gebracht worden.

K o w a l e w s k y
Stadtrat.

Kiel, den 23. September 1947

Drucksache 312

Betr.: Bezeichnung der Fachausschüsse po. für das Dezernat Stadtplanung und Bauwesen nach dem neuen Organisationsplan.

Berichterstatte: Oberbürgermeister Gayk.

Antrag: Zustimmung zur Umbenennung einiger Fachausschüsse und Bildung eines Fachausschusses für Trümmerräumung, Aufhebung des bisherigen Fachausschusses für Abbruchangelegenheiten.

Begründung:

Entsprechend der Geschäftsanweisung für das Dezernat Stadtplanung und Bauwesen vom 1. Juli 1947 ist diese nach dem Organisationsplan gegliedert in

1. Dezernatsbüro für die gesamte Leitung und
8 Fachämter für die praktische Durchführung der Aufgaben.
Es wird vorgeschlagen, die Ausschüsse wie folgt neu zu bezeichnen:

1. Gutachterbeirat für Stadtgestaltung.
(wie bisher)
2. Fachausschuß Bauüberwachung.
(bisher Ausschuß für Baukontrolle)
3. Fachausschuß für Baulenkung.
(Bisher Ausschuß zu bauwirtschaftlichen Vorprüfung der Bauvorhaben)
4. Fachausschuß für Wohnungsinstandsetzung
(wie bisher)
5. Fachausschuß für Trümmerräumung.
(bisher Ausschuß für Abbruchangelegenheiten)
6. Fachausschuß für Hochbau.
(wie bisher)
7. Fachausschuß für Tiefbau.
(wie bisher)
8. Fachausschuß für Grundstücksverwaltung.
(wie bisher)
9. Kleingartenbeirat
(wie bisher)
10. Fachausschuß für Hausverwaltung.
(wie bisher).

Die umfangreichen Arbeiten der Trümmerräumung haben die Bildung eines selbständigen Trümmerräumungsamtes im Dezernat für Stadtplanung und Bauwesen erforderlich gemacht. Als beschlußfassendes Organ der Stadtvertretung besteht z. Zt. nur der Fachausschuß für Abbruchangelegenheiten. Es wird für zweckmäßig gehalten, einen Fachausschuß für das gesamte Aufgabengebiet der Trümmerräumung zu ernennen.

Der Hauptausschuß für Stadtplanung und Bauwesen hat in seiner Sitzung am 4. September 1947 dem Antrag zugestimmt und die Vorlage an die Stadtvertretung beschlossen.

Drucksache 313

Betr.: Erhöhung des Zuschusses an die Hafen- und Verkehrsbetriebe

Berichterstatter: Stadtrat von Seydlitz

Antrag: Bereitstellung weiterer RM 49.140 bei der Haushaltsstelle 84/680 - Zuschuß an den Erfolgsplan für laufende Ausgaben - unter Entnahme aus Verstärkungsmitteln,

RM 10.000 bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 84/6817 - Umbau eines Kranes - ,

RM 21.000 bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 84/6818 - Grundüberholung der Lokomotive "Kiel I" -

unter Entnahme aus Vorbehaltsmitteln.

Begründung:

Den Hafen- und Verkehrsbetrieben der Stadt Kiel ist eine Reihe von neuen Aufgaben übertragen worden, für die nicht vorhergesehene Ausgaben und Einnahmen anfallen werden.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Angelegenheiten:

I. Neuregelung der Zuständigkeit im Kieler Hafengebiet.

Am 15. September 1947 ist ein Teil der Kieler Förde neu in die Bewirtschaftung der Stadt Kiel übergegangen. Diese Erweiterung erstreckt sich über den Bezirk des alten Handelshafens hinaus bis etwa zur Linie Südgrenze Kanal bis Stadtgrenze auf dem Ostufer.

Insgesamt wird durch die vorstehende Neuregelung eine laufende Mehrbelastung von 57.400,-- RM bis Ende des Jahres entstehen. Diese Mehrbelastung wird jedoch durch Erhöhung der Hafengeldeinnahmen und aus dem Erlös des Wasserverkaufs durch das Tankschiff "Eider" gedeckt sein.

II. Am 1. September 1947 ist der Betrieb der Anschlußbahn Neuwittenbek Vossbrook wieder auf die Stadt Kiel übergegangen.

Nach anliegender Aufstellung wird mit einer Mehrausgabe gegenüber dem Voranschlag 1947, der nur den Kapitaldienst vorseh, in Höhe von RM 49.140,-- bis zum Ende des Rechnungsjahres gerechnet. Die Bahn versorgt insbesondere die Holmag, Friedrichsort sowie die britischen Baudienststellen in Vossbrook. Daneben werden einzelne Privatfirmen in Vossbrook beliefert.

III. Außer den Mehrkosten zu I. und II. werden im Laufe des Rechnungsjahres folgende Mehraufwendungen anfallen:

- a) RM 10.000,-- für den Umbau eines städtischen Kranes,
- b) RM 21.000,-- für die Grundüberholung der Lokomotive "Kiel I" der Kleinbahn Suchsdorf - Kial-Wik.

Der Kranbau ist erforderlich, weil in den nächsten Tagen drei im Ausland beschaffte Kräne des Binnenhafens abgeliefert werden müssen und der dringend erforderliche Ersatzkran, der vom Nordhafen abgezogen werden soll, nicht die nötige Auslage hat.

Die Mehrkosten für den Umbau der Lokomotive werden von dem Maschinenamt der Stadt Kiel gefördert mit der Begründung, daß die Preise für die Überholung derartig gestiegen sind, daß statt der im Voranschlag vorgesehenen RM 29.000,-- insgesamt RM 50.000,-- an Kosten anfallen werden.

Zusammenfassend werden also an Mehrkosten für 1947 entstehen:

a) für die Anschlußbahn Neuwittenbek-Voßbrook	RM 49.140,--
b) für den Umbau des Nordhafen-Kranes	" 10.000,--
c) für die Lok.-Überholung	" 21.000,--
	<hr/>
	RM 80.140,--
	=====

Einsparungsmöglichkeiten an anderen Stellen des Erfolgsplanes sind zurzeit nicht vorhanden.

Der Hauptausschuß für die städtischen Betriebe hat der Vorlage in seiner Sitzung am 22.8.47 zugestimmt.

v. Seydlitz
Stadtrat.

Neu zu schaffende Ansätze im Erfolgsplan 831 = Anschlußbahn
Neuwittenbek-Vossbrook.

1.) Einnahmen:

831/110 Frachteinnahmen 40.000,-- RM
8 x 5000,-- RM

2.) Ausgaben:

831/400 Gehälter für Beamte 1947 nichts
831/4020 Vergütung für 1/2 Angestellte Verw. 1.500,-- RM
831/412 " " 2 Angestellte Betrieb 7.000,-- "
831/415 Löhne für 3 Arbeiter 5.400,-- "
831/450 Versicherungsbeiträge Verwaltg. 160,-- "
831/451 " Betrieb 1.300,-- "
831/500 Treibkraftstoffe 1 to Diesel 320,-- "
831/501 Heizstoffe 100 to Kohle à 30,-- 3.000,-- "
831/502 250 kWh Strom à 8 - 40 Rpf. = 60,--
1000 cbm Wasser à 23 Rpf. = 230,-- 290,-- "
831/505 Sonstige Verbrauchsstoffe 150,-- "
831/508 Schutzkleidung 100,-- "
831/602 Unterhaltung der tiefbaul. Anlagen 48.800,-- "
831/62 Schaversicherungen Haftpflicht 600,-- "
831/70 Steuern Gewerbesteuer 1.000,-- "
831/85 Schadensfälle 100,-- "
831/900 Miete für Büro 30,-- monatlich 270,-- "
831/902 Fernsprechgebühren 250,-- "
831/903 Vordrucke pp. 100,-- "
831/9200 Miete Betrieb Lok. 80,--
tgl. für 38 x 6 228 Tage = 18.240,-- "
831/9202 Gebühren Ra m- und Platzkosten 100,-- "
831/930 Umsatz- und sonstige Steuern 400,-- "
831/939 Sonstige Versch. Ausgaben (Standgelder) 50,-- "

+

89.140,-- RM

Einnahmen:

40.000,-- "

Zusätzlicher Zuschuß für 1947 49.140,-- RM

=====

Drucksache 319.

Hauptausschuß
für Stadtplanung und Bauwesen.

Kiel, den 16. Sept. 1947.

Betriff: Erstattungsansprüche für Instandsetzungsarbeiten
in der Finnenhaussiedlung Schönberg.

Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.

Antrag: Genehmigung gem. § 91 Abs. 2 DGO. zur Leistung einer
außerplanmäßigen Ausgabe von 20.787,57 RM bei der
neu einzurichtenden Haushaltsstelle 922/76 mit
der Bezeichnung "Zahlungen aus Vorjahren".
Der Haushaltsbedarf erhöht sich nicht, da folgende
Ausgabeersparnisse eintreten:

Haushaltsstelle 922/800 = 20.787,57 RM.

Begründung:

In der Finnenhaussiedlung Schönberg sind 1945/1946 drin-
gend notwendige Instandsetzungsarbeiten in einer Gesamthöhe
von 20.787,57 RM ausgeführt worden. Im einzelnen handelt es
sich um umfangreiche Reparaturen an den Dächern, die sich
im Laufe einer dreijährigen Wohnzeit ergaben, um Keller-
fußbodenerhöhungen und Trockenlegung der Keller, weil die-
selben z.T. unter Wasser standen und um die Beseitigung von
Schäden am Wasserrohrnetz, die infolge des starken Frostes
entstanden waren. Die Kosten wurden im Jahre 1946 zunächst
vorschußweise aus Baumitteln von der Grundstücksverwaltung
getragen und müssen daher nach Abschluß der Rechnungsprüfung
dem Bautitel aus dem zuständigen Haushaltsunterabschnitt
922 - Finnische Holzhäuser - erstattet werden.

Wüstenberg,
Ratsherr.

Hauptausschuß
für Gesundheitswesen

Kiel, den 6. Oktober 1947.

Betrifft: Anderweitige Unterbringung der Tbc-Hauptfürsorgestelle
am Stadtring.

Berichterstatter: Stadtrat Dr. Hell.

Antrag: Genehmigung gemäß § 91 Abs. 2 DGO: zur Leistung einer
außerplanmäßigen Ausgabe von 12.300 RM bei der neu ein-
zurichtenden Haushaltsstelle 520/904 - Ausbau des Erd-
geschosses Haus I der Städt. Krankenanstalten (Tbc-
Hauptfürsorgestelle). Der Haushaltsfehlbedarf erhöht
sich nicht, da Ausgabeersparnisse in gleicher Höhe bei
der Haushaltsstelle 51/652 - Wirtschaftliche Hilfsmaß-
nahmen für Gesundheitsgefährdete - eintreten.

Begründung:

Nach der Zerstörung der Häuser Dammstr. 3a und 5 des Gesund-
heitsamtes ist die bisher dort untergebracht gewesene Tbc-Fürsorge-
stelle ab 1.9.1945 in die Kellerräume der Werkretungsstelle der
Firma Hagenuk am Stadtring eingewiesen worden. Trotz der inzwischen
erfolgten Einrichtung der Tbc-Fürsorgestellen Ost und Nord für die
Patienten des Ostufers und Nördlich des Kanals sind die wenigen Räu-
me der Hauptfürsorgestelle infolge des unvorherzusehenden außeror-
dentlich starken Anstiegens der Tbc-Fürsorgefälle - z.Zt. monatlich
400 - 500 Zugänge - in jeder Weise unzureichend und eine ordnungs-
mäßige Erledigung der Aufgaben der Fürsorgestelle nicht mehr ge-
währleistet. Eine möglichst umgehende anderweitige Unterbringung
der Dienststelle ist im Interesse der vordringlichen Tbc-Bekämp-
fungsmaßnahmen notwendig.

Diese Unterbringungsmöglichkeit ist im Erdgeschoß des Hauses I
der Städt. Krankenanstalt in unmittelbarer Nähe der z.Zt. im Bau be-
findlichen Verwaltungsbaracke des Gesundheitsamtes gegeben. Durch
ziehen von Leichtwänden lassen sich hier unter Berücksichtigung der
Ansprüche einer neuzeitlichen Tbc-Fürsorgestelle insgesamt 14 Räume
schaffen, die auf absehbare Zeit den zu stellenden Raumanforderungen
genügen dürften. Für spätere Zeiten sind Ausdehnungsmöglichkeiten
durch Ausbau des noch teilweise zerstörten Gebäudeflügels gegeben.

Die Kosten betragen insgesamt 12.300 RM und setzen sich wie
folgt zusammen:

a) Maurerarbeiten	8.245,-- RM
b) Tischlerarbeiten	1.950,-- "
c) elektr. Inst.	2.105,-- "
zus.	<u>12.300,-- RM</u>

Durch die geplante Verlegung der Tbc-Hauptfürsorgestelle vom
Stadtring (Hagenuk) in das Haus I der Städt. Krankenanstalt würde
einerseits nicht nur den unaufschiebbaren Raumbedürfnissen der
Dienststelle, sondern andererseits auch den zahlreichen Wünschen
aus dem Patientenkreise auf eine zentrale Lage der Fürsorgestelle
entsprochen und außerdem eine engere Zusammenarbeit mit dem Ge-
sundheitsamt gewährleistet.

Dr. Hell,
Stadtrat.

Drucksache 321.

Hauptausschuß
für Gesundheitswesen.

Kiel, den 1. Oktober 1947.

Betrifft: Übernahme der Rattenbekämpfung 1947/48 auf das Gesundheitsamt.

Berichterstatter: Stadtrat Dr. Hell.

Antrag: Genehmigung gemäß § 91 Abs. 2 DGO. zur Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe von 47.365 RM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 523/903 - Rattenbekämpfung 1947/48 -.

Die Ausgaben werden durch zu erwartende Einnahmen gedeckt.

Begründung:

Nachdem die Rattenbekämpfung 1947 zu Beginn des lfd. Jahres erstmalig dem Gesundheitsamt übertragen wurde, ist dieses nunmehr erneut mit der Durchführung der Rattenbekämpfung im Stadtkreis Kiel beauftragt.

Im Gegensatz zum Vorjahre erstreckt sich die Aktion lediglich auf den Zeitraum vom 1.10. ds. Js. bis 30.4.1948 und umfaßt wiederum eine generelle Erstauslegung sowie Nachlegungen je nach Bedarf.

Die Arbeiten sollen durch das Fachpersonal der Städt. Desinfektionsanstalt erfolgen, das durch Hilfskräfte vom Arbeitsamt verstärkt wird.

An Kosten für die Auslegung entstehen lt. anliegendem Voranschlag zirka 47.365 RM, von denen rd. 50% = 22.000 RM auf Gifte und Ködermittel entfallen. Die Beträge bleiben wesentlich hinter den Ausgaben der vergangenen Rattenbekämpfungskaktion zurück, da lt. Sachverständigengutachten des Landesgesundheitsamtes auf die Auslegung in Ruinenfeldern verzichtet werden kann, weil Ratten sich auf diesen Grundstücken wegen Mangel an Nahrungsmitteln nicht mehr aufhalten.

Die Einnahmen sind ebenfalls erheblich niedriger zu veranschlagen, da die Sätze der bisherigen Gebührenordnung in fast allen Fällen um 50 bis 75% gesenkt wurden und durch die Festsetzung der Gebühr für Ruinenfelder auf 1,50 RM die Beträge für größere Industrie-Ruinenfelder völlig ausfallen. Trotzdem wird mit rd. 63.000 RM an Einnahmen gerechnet, so daß als Endergebnis ein Überschuß von zirka 15.000 RM erwartet werden kann.

Dr. H e l l ,
Stadtrat.

Drucksache 323

Hauptausschuß
f. Stadtplanung u. Bauwesen

Kiel, den 30. September 1947.

Betrifft: Ausbau Mühlenbach.

Berichterstatter: Oberbürgermeister Gayk.

Antrag: Bereitstellung von 20.000 RM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 7104/975 mit der Bezeichnung "Schmutzwasserkanal Mühlenbach" unter Entnahme aus den Vorbehaltsmitteln der Haushaltsstelle 98/791

Begründung:

Der Ausbau der Straße Mühlenbach verlangt einen zum Teil erheblichen Bodenabtrag. Dieser wiederum machte eine Verlegung des bestehenden Regenwasserkanals erforderlich. Die Mittel hierfür werden von der Räumung bereitgestellt. Aus Zweckmäßigkeitserwägungen empfiehlt es sich, gleichzeitig mit dem Regenwasserkanal den bei einer Bebauung des Mühlenbaches doch erforderlich werdenden Schmutzwasserkanal in dieselbe Baugrube mit hinein zu verlegen. Die Kosten belaufen sich auf 20.000 RM.

Der Fachausschuß für Tiefbau und der Hauptausschuß für Stadtplanung und Bauwesen haben der Vorlage zugestimmt.

Wüstenberg,
Ratsherr.

Drucksache 325.

Finanzausschuß.

Kiel, den 4. September 1947.

Betrifft: Prüfung der Jahresrechnung 1942.

Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.

Antrag: Genehmigung des Abschlusses der Jahresrechnung 1942 und Entlastungserteilung der städt. Kassen- und Rechnungsbeamten.

Ausgelegt: 1 Schlußbericht mit Anlage.

Begründung:

Die Haushaltsrechnung 1942 wurde nach dem von der Landesregierung am 1. Oktober 1946 - I K 1 - 338 - 21 - zugestandenen Erleichterungen geprüft. Diese beschränkt sich

- a) auf die rechnerische Prüfung der Haushaltsabschlüsse und ihre Übernahme in das folgende Rechnungsjahr,
- b) die stichprobenweise Prüfung der Belege,
- c) die Prüfung von hervorgetretenen Abweichungen.

Auf diese Weise sind die städtischen Jahresrechnungen 1939, 1940 und 1941 bereits geprüft und vorgelegt worden. Der Prüfungsbericht der Jahresrechnung 1942 liegt jetzt vor. Nach dem ausliegenden Schlußbericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 25.8.1947 haben sich keine wesentlichen Beanstandungen ergeben.

Nickelsen,
Stadtrat.

Vorfanschlag
für die Rattenbekämpfungsaktion in Kiel 1947/1948.

E i n n a h m e n

<u>1. Siedlungsgrundstücke, Behelfsheime, Schrebergärten:</u>			
a)	1.400 Siedlungsgrundstücke je 1,- RM	=	1.400,-- RM
b)	375 Behelfsheime je 1,- RM	=	375,-- "
c)	1.200 gr.Siedlungsgrundst. je 1,- RM	=	1.200,-- "
d)	3.385 genossenschaftlich verwaltete Siedlungsgrundstücke je 1,- RM	=	3.385,-- "
e)	19.000 Schrebergärten je 1,- RM	=	19.000,-- "
<u>2. Etagegrundstücke:</u>			
	12.000 Grundstücke je Hauseingang 2,- RM	=	24.000,-- "
<u>3. Kasernenanlagen, Verwaltungsgebäude, Institute, Krankenhäuser usw.:</u>			
a)	bis 2.000 qm je Grundstücke 40.000 qm je 1/2 Rpf.	=	200,-- RM
b)	über 2.000 qm 450.000 qm je 1/4 Rpf.	=	1.125,-- "
<u>4. Gewerblich genutzte Grundstücke:</u>			
a)	bis 2.000 qm je Grundstück 2.000.000 qm je 1 Pfg.	=	20.000,-- "
b)	über 2.000 qm 800.000 qm je 1/2 Rpf.	=	4.000,-- "
<u>5. Ruinenfelder:</u>			
	700 Ruinengrundstücke je 1,50 RM	=	1.050,-- "
<u>6. Unratplätze auf Friedhöfen usw.:</u>			
	5.000 qm je 1/4 Rpf.	=	13,-- "
<u>7. Kanalisationen:</u>			
	4.950 Schächte je 1,50 RM	=	7.425,-- "
<u>8. Schuttabdeckplätze:</u>			
a)	Städtische 3 Plätze mit insgesamt 11.000 qm		
b)	Private 12 Plätze mit insgesamt 36.000 qm		
	zus.: 47.000 qm		
	je 0,02 RM	=	940,-- "
Gesamteinnahmen:			84.113,-- RM
Hiervon ab 25% nicht beizutreibende Gebühren			21.028,-- RM
Mithin Reineinnahmen			63.085,-- RM
			=====

A u s g a b e n

I. Persönliche Kosten:

a) Löhne:

10 Kolonnen je 3 Mann = 30 Mann je 8 Wochen =
240 Wochen je 42½ Std. = 10.200 Std. 8.772,-- RM
je 0,86 RM = rd.

2 Nachlegekolonnen je 3 Mann = 6 Mann je
20 Wochen = 120 Wochen je 42½ Std. = 5.100 Std. 4.386,-- "
je 0,86 RM =

1 Spezialtrupp für Entrattung der Kanalisations-
schächte:

2 Kolonnen je 3 Mann (davon je 1 Mann vom Tiefbau-
amt gestellt) = 6 Mann je 8 Wochen = 48 Wochen
je 42½ Std. = 2.040 Std. je 0,86 RM = rd. 1.755,-- "

außerdem

Vorarbeiter- bzw. Schmutzzulage
für 10 Kolonnenführer und 8 Mann zum Auslegen
von Gift in den Kanalisationsschächten =
18 Mann je 8 Wochen = 144 Wochen je 42½ Std. =
6.120 Std. je 0,04 RM = rd. 245,-- "

Für Auslegen von Gift in den Pachtgärten:

10 Mann je 4 Wochen = 40 Wochen je 42½ Std.
= 1.700 Std. je 0,86 RM = 1.462,-- "

b) Sozialversicherungsbeiträge:
7,85 % von 16.620,-- RM = rd.

1.305,-- "

II. Betriebskosten:

a) Benzin:

20 l täglich, für 2 Monate = 1.200 l

weitere

10 l täglich, für 5 Monate = 1.500 l

zusammen: 2.700 l je 0,40 = 1.080,-- "

1.500,-- "

b) Druckkosten für Plakate usw.:

c) Straßenbahnfahrten

für 15 Personen an zirka 120 Tagen je Fahrt
0,20 RM =

360,-- "

d) Gifte und Ködermittel:

1. Köder

7.000,-- RM

2. Gifte

15.000,-- RM

22.000,-- RM

e) Sonstige Betriebskosten:
nach den Erfahrungssätzen

4.500,-- "

Gesamtausgaben: 47.365,-- RM

Gesamteinnahmen: 63.085,-- RM

Mithin Übersch.: 15.720,-- RM

Kiel, den 16. Oktober 1947.

Drucksache 347.

Betrifft: Umbesetzung von Ausschüssen.
Beratender Ausschuß beim Arbeitsamt.

Berichterstatter: Oberbürgermeister Gayk.

Antrag: Zustimmung zu dem Vorschlägen.

- Beschlußfassung durch die Stadtvertretung -

Im Juni 1946 hat die Mil.Reg. die Bildung beratender Ausschüsse bei den Arbeitsämtern und Landesarbeitsämtern angeordnet. Für den beim Arbeitsamt Kiel zu errichtenden Ausschuß hat die Stadtvertretung am 19.9.1946 drei Mitglieder und drei Stellvertreter vorgeschlagen. Die Berufung der Mitglieder erfolgte gemäß einer generellen Anweisung der Mil.Reg. durch den Präsidenten des Landesarbeitsamtes.

Da die Amtsdauer der Mitglieder ein Jahr beträgt, ist jetzt eine Neuwahl bzw. Wiederwahl vorzunehmen. Die Wahl am 19.9.1946 erfolgte noch durch die Stadtvertretung in ihrer alten Zusammensetzung. Eine Bestätigung oder Änderung nach der Neuwahl der Stadtvertretung im Oktober 1946 ist nicht erfolgt. Die Stadtvertretung hat seiner Zeit die nachstehenden Personen benannt:

Mitglieder Ratsherr Hans S c h r ö d e r , SPD
Ratsherr Robert S c h w e i m , CDU
Ratsherr Alois S c h l i c h t i n g , KPD (~~Mitglieder~~)

Stellvertreter:

Ratsherr Max S c h m i d t , SPD
Ratsherr ~~Kurt D o r n s t e d t~~, CDU ~~Hombrocker~~
Ratsherrin Hedwig J u n g e , KPD

Es hat sich in der Zwischenzeit als nachteilig erwiesen, daß in dem beratenden Ausschuß ~~der~~ die Stadtverwaltung nicht vertreten war. Deshalb wird jetzt vorgeschlagen, zwei Ratsherren, (je einen Vertreter der SPD- und der CDU-Fraktion) und einen Vertreter der Stadtverwaltung zu benennen.

Es werden vorgeschlagen:

Ausschußmitglieder

1. SPD
2. Ratsherr S c h w e i m CDU
3. Dr. D a b e l s t e i n als Vertreter der Verwaltung

Stellvertreter:

1. SPD
2. Harro S c h u m a c h e r CDU
3. Dipl.Volkswirt G a b r i e l als Vertreter der Verwaltung.

2 d (Theaterausschuß) Fachausschuß für Theater

Ausgeschieden: Dr. P o h l a n d t CDU

neu: Dr. H e r d , Holtenauer Str. 98 CDU

4 f Kreislizenzausschuß

zurückgetreten: Dr. Karl G l ä s e r , Alte Lübecker Ch.22 CDU

neu: Max. F ü l l g r a f , Taitzstr. CDU

5 Hauptausschuß für soziale Verwaltung und
Flüchtlingsfragen

ausgeschieden: Frau Ellen F i s t e r CDU
Tirpitzstraße

Ratsherr Walter D o b r a t z KPD
Wahlestr. 5

neu: Frau Margarete F a l s e t t CDU
Blücherplatz 8

Karl P l u m b a u m , KPD
Elisabethstr. 68

5 d Beirat für Schwerkriegsbeschädigte und
Hinterbliebene

ausgeschieden: Max B o g u s , Drewsstr. 3

neu: Haferstroh, Bahnhofstraße 16

5 f Ausschuß bei der Geschäftsstelle zur Vorbereitung
politischer Niedergutmachung

ausgeschieden: Ratsherr Walter D o b r a t z KPD
Wahlestraße 5

neu: Karl P l u m b a u m , KPD
Elisabethstr. 68, II.

6da Unterausschuß Kleingartenbeirat

ausgeschieden: Adolf H o r n ,
Theodor-Sturm-Str. 17

neu: Gustav R e t h w i s c h
Stoschstraße 9

6 g Ausschuß für Wohnungseinstandsetzungen

ausgeschieden: Ratsherr Sager, CDU
Esmarchstraße

neu: Ratsherr Preuß CDU

9 a Fachausschuß für Straßenreinigung, Schlachthof

9a Fachausschuß für Straßenreinigung, Schlachthof
und sonstige städtische Betriebe

ausgeschieden: Dr. Hermann G ü n t h e r , CDU
Grimmstraße 17

neu: Hermann L y t h j e CDU
Bartelsallee 3

10 Hauptausschuß für Wohnungsfragen

ausgeschieden: Ratsherrin U n g e r m a n n CDU
Lutherstraße 17

neu: Ratsherrin Lena S c h r ö d e r CDU

10 d Unterausschuß für Wohnungsfragen
Bezirksstelle Holtenau

ausgeschieden: Paul S e i d l e r SPD
Lindenweg 18

neu: Herbert R a i d , SPD
Grimmstraße 20

E 1 Entnazifizierungsgremium 1

ausgeschieden: Ratsherr Walter D o b r a t z KPD

neu: Franz G ü g e l KPD
Illtisstraße 34

E 9 Entnazifizierungsausschuß für Erziehungs- und
Bildungswesen

ausgeschieden: Ratsherr Karl R a t z BPD
Hohenstaufenring 35

neu: Paul B r u h n , SPD
Kiel-E'hagen

Entnazifizierungsgremium für Polizei und Feuerwehr

ausgeschieden: Heinrich H o h m a n n CDU
Deliusstraße 17 ~~CDU~~

Dr. Max P o h l a n d CDU
Waltzstr. 16

Ratsherr Walter D o b r a t z KPD
Wahlstraße 5

neu: Eduard P l a g e CDU
Stoschstraße 8

Straßennheim CDU
Illtisstraße 45

Alois C z i e s l i k KPD
Georg-Pfingsten-Str. 10

Ausschuß für die Entnazifizierung von
Seeleuten der Handelsmarine

Die Landesregierung hat mit Schrb. v. 8.9. ds.Jrs. die Stadt Kiel ersucht, einen Ausschuß für die Entnazifizierung von Seeleuten zu bilden. Der Ausschuß soll aus 6 - 8 Mitgliedern bestehen. Von den politischen Parteien, dem A.D.G.B. und der Reedervereinigung werden folgende Vorschläge eingebracht:

Erich T ü m m e l , Sophienblatt 32/34 SPD

Reinhard A r p , Prüfe CDU

Robert M a r t i n i, Damperhofstr.4 KPD

Otto D o h s e , Kiel-E'hagen, Ellerbeker W. ADGB

Walter W a h l e , Ringstr.83 als
Vertreter ehem. Offiziere der Handelsmarine

Bruno S i e m s e n , Flensburger Str. 71
als Vertreter der Schiffseigener.

G a y k

Oberbürgermeister.

Drucksache 306

Betrifft: Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 43/69 -
Beihilfen und Zuschüsse zur Förderung der Freien
Wohlfahrtspflege -

Berichterstatter: Stadtrat Kowalewsky.

Antrag: Genehmigung nach § 91 Abs. II DGO. zur Leistung einer
überplanmäßigen Ausgabe von 28.000 RM bei der Haushalts-
stelle 43/69 - Beihilfen und Zuschüsse zur Förderung der
Freien Wohlfahrtspflege - unter Freigabe des Betrages.
Der Haushaltsfehlbedarf erhöht sich nicht, da Ausgaben in
gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 410/6501 - Laufende
Barunterstützungen für Sozialrentner - eingespart werden
können.

Begründung:

Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat einen Antrag
auf Übernahme der Kosten für Transport und Aufstellung der Baracken
des Schweizer Hilfswerks, Eckernförder Allee 15, im Betrag von
28.000 RM gestellt. Bisher geleistete Ausgaben von rund 26.000 RM
sind durch eingereichte Belege bereits nachgewiesen. 2-3000 RM werden
durch die augenblicklichen Arbeiten (Einbau von Kochkesseln, Toilet-
ten ect.) noch hinzukommen.

Sämtliche vorgesehenen Abteilungen des Schweizer Hilfswerkes sind in
Betrieb, wie: Kindergarten mit 100 Kindern, Nähstube mit 20 Näh-
maschinen, Reparatur von gebrauchtem Schuhzeug, Ausgabe von gebrauch-
ten und neuen Kleidungsstücken, Die Durchführung des Schweizer Hilfs-
werkes ist aufgrund einer zwischen dem Leiter der Arbeitsgemeinschaft
der Freien Wohlfahrtspflege, Herrn Pastor Flath, und dem bevollmächtig-
ten Beauftragten des Hilfswerkes der evangelischen Kirche der Schweiz,
Herrn Pastor Hellstern, getroffenen Vereinbarungen mindestens bis zum
Frühjahr 1948 sichergestellt. Desgleichen steht die Kinderbespeisung,
die weitere Ausgabe von Schuhwaren und Textilien, sowie die Aufrecht-
erhaltung des Kindergartens und der Nähstube ziemlich sicher. Der
Hauptausschuß für Soziale Verwaltung und Flüchtlingsfragen hat sich
einstimmig mit der Gewährung einer Beihilfe in Höhe von 28.000 RM
an die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege für Transport
und Aufstellung der Baracken des Schweizer Hilfswerkes, Eckernförder
Allee 15, einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß, wenn das
Schweizer Hilfswerk seine Tätigkeit in Kiel einstellt, zuvor mit
der Stadtverwaltung Fühlung genommen wird, betreffs einer weiteren
Verwendung der vorhandenen Einrichtungen.

Mittel für die Beihilfe stehen bei der in Frage kommenden Haushalts-
stelle 43/69 - Beihilfen und Zuschüsse zur Förderung der Freien
Wohlfahrtspflege - nicht zur Verfügung, da bei Aufstellung des
Haushaltsplanes 1947 noch nicht bekannt war, daß die Arbeitsgemein-
schaft der Freien Wohlfahrtspflege für die Durchführung ihrer Auf-
gaben Zuschüsse beantragen würde.

Vorgeschlagen wird eine Erhöhung der Haushaltsstelle 43/69 - Beihilfen und Zuschüsse zur Förderung der Freien Wohlfahrtspflege - um 28.000 RM und Freigabe dieses Betrages für die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Der Betrag wird bei der Haushaltsstelle 410/6501 - Laufende Barunterstützung für Sozialrentner - eingespart, da hier eine Reserve von 80.000 RM geschaffen ist, die voraussichtlich nicht in Anspruch genommen wird.

Kiel, den 24. Oktober 1947.

Ergänzung der Begründung:

Die Kosten für den Transport und die Errichtung der Schweizer Baracken auf dem Gelände Eckernförder Allee 15 sind von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege getragen worden. Diese allein betragen etwa 23.000,- RM. Daneben hat die Arbeitsgemeinschaft bis Juli 1947 für Löhne, Autoreparaturen, Frachten, Nähmaschinenreparaturen, Einrichtungsgegenstände wie Herde, elektrische Kochplatten, Ofenrohre, Glühbirnen und für andere Sachen fast 10.000,- RM verausgabt.

Das Schweizer Hilfswerk verfügt selbst über keinen Pfennig deutsches Geld. Alle Unkosten, die von der schweizer Grenze ab entstehen, ganz gleich welcher Art, gehen daher zu Lasten deutscher Stellen. Dazu gehören auch die Kosten für Transport und Aufstellung der Baracken. Die Barackenteile sind aus der Schweiz geliefert und verbleiben mithin Eigentum des Schweizer Hilfswerks. Die inzwischen errichteten Baracken waren die Voraussetzung für die Durchführung des großzügigen Schweizer Hilfswerks.

K a w a l e w s k y
Stadtrat.

Anwesenheitsliste

Sitzung der Stadtvertretung vom ... 5. November 1947

Lfd.Nr.	Name	Unterschrift.
1.	Bock	Bock
2.	Breitenstein	breitenst.
3.	Damm, Dorothea,	Damm
4.	Dobrats	Dobrats
5.	Emcke, Dr.	Emcke
6.	X Einfeldt	Einfeldt
7.	X Engel	Engel
8.	Finn	Finn
9.	Gayk	Gayk
10.	Graber	Graber
11.	X Hell, Dr.	Hell
12.	Hinz, Ida	Hinz
13.	Hombrecher	Hombrecher
14.	Jahn	Jahn
15.	Kletscher	Kletscher
16.	Köchling	Köchling
17.	Küster	Küster
18.	X Kowalewski	Kowalewski
19.	X Kuhl	Kuhl
20.	Lüthje	Lüthje
21.	Marth	Marth
22.	Müller	Müller
23.	X Nickelsen	Nickelsen
24.	Pankow	Pankow
25.	Preuß	Preuß
26.	Ratz	Ratz
27.	Riedl	Riedl

Lfd.Nr.

Name

Unterschrift.

28.

Sager

Sager

29.

Salau

fehlt in

30.

X Seydlitz von

Seydlitz

31.

Schäfer, Dr.

Schäfer

32.

X Schatz

Schatz

33.

Scheidemann

0

34.

Schmidt, Ludwig

Ludwig Schmidt

35.

Schmidt, Max

Max Schmidt

36.

Schmucker

fehlt in

37.

Schröder

Schröder

38.

X Schwartz

Schwartz

39.

Schwein

Schwein

40.

Stade

Stade

41.

Stolze

Stolze

42.

Theede

Theede

43.

Wiese

Wiese

44.

Wilhelms

Wilhelms

45.

Wüstenberg

Wüstenberg

[Faint handwritten notes]

[Faint handwritten notes]

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung der Stadtvertretung
am Mittwoch, den 5. November 1947, 15 Uhr
Rathaus, Ratssaal.
- - -

Anwesend: Oberbürgermeister Gayk, Stadträte: Einfeldt, Engel, Dr. Hell, Kowalewsky, Frau Kühl, Nickelsen, v. Seydlitz, Schatz, Schwartz, Ratsherren: Book, Frau Damm, Dobratz, Finn, Graber, Frau Hintz, Hombrecher, Jahn, Kletscher, Köchling, Köster, Lüthje, Marth, ~~Nickelsen~~, Pankow, Preuß, Ratz, Riedl, Sager, Dr. Schäfer, L. Schmidt, M. Schmidt, Frau Schröder, Schweim, Stade, Stolze, Theede, Wiese, Wilhelms, Wüstenberg.

Von der Stadtverwaltung sind anwesend: Stadtdirektor Fischer, Stadtkämmerer Dr. Jeschke, Stadtmed. Rat Dr. Schuster, Stadtschulrätin Jensen, Oberverwaltungsräte Koeppen und Puls, Regent Auer.

Es fehlten entschuldigt: Bürgermeister Breitenstein, Ratsherren: Dr. Emcke, Salau, Müller, Scheidemann, Schmucker.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Gayk.
Schriftführer: Stadtinspektor Becker.

1. In einem herzlich gehaltenen Nachruf ehrt der Oberbürgermeister die Verdienste des verstorbenen Professors Dr. Max Planck und würdigt seine Taten, die den Verstorbenen der Nachwelt unvergeßlich machen.
2. Der bereits gewählte Ratsherr Walter Dobratz, dessen Bestätigung von der Militärregierung vorliegt, wird durch den Oberbürgermeister vereidigt und durch Handschlag auf sein neues Amt verpflichtet.
3. Geschäftliche Mitteilungen durch den Oberbürgermeister:
 - a) Demontage: Die Demontageliste ist inzwischen bekannt geworden. 30 Monate nach dem Kriege sollen jetzt Eingriffe in das Wirtschaftsleben gemacht werden. Eine verantwortungsvolle Stadtvertretung kann bei der Durchführung der Demontage nicht die Augen vor den Folgen verschließen. Es sind immer noch 7 Betriebe anstatt 18 für die Demontage vorgesehen. Schmerzlich bedrückt uns die Demontage der Holmag. Welche Anlagen dieses Werkes zerstört werden sollen, ist noch nicht bekannt, da nur eine Teildemontage vorgesehen ist. Die Demontagen treffen eine Stadt wie Kiel besonders hart. Kiel kann in dieser Zeit keinen Arbeitsplatz mehr entbehren.
Sehr vermißt wird die Entscheidung über die Deutschen Werften. Das Schicksal Kiels bleibt mit dem Ostufer und den dortigen Werften verbunden. Unsere Aufbaupläne sind alle gescheitert, da die Frage der Werften nicht geklärt ist. Friedensbetriebe können nicht auf dem Gelände der Germania-Werft angesiedelt werden, da es der Werft durch die Militärregierung nicht mehr gestattet wird, Gelände an Privatunternehmer zu vermieten. Mit der Verkündung der Demontageliste sollte dann endgültig das letzte Wort über diesen Fall gesprochen sein, weil wir daran interessiert sind, auf welchem Gebiet wir wirtschaftlich tätig sein dürfen.
Nach Mitteilung der Holmag sind während der Zeit der Besatzung für 36.000 RM Werkzeuge und Maschinenteile gestohlen worden.
 - b) Block 2, Kaserne Wik: Seit über einem Jahr ist dieses Gebäude von der Militärregierung zum Ausbau als Verwaltungsgebäude freigegeben. Die Wiederherrichtung verursachte 75.000 RM an Kosten und war mit erheblichen baulichen Schwierigkeiten verbunden.

Jetzt wird dieses Gebäude von der Militärregierung wieder beschlagnahmt. Wegen Zurücknahme dieser Beschlagnahme ist bereits Einspruch erhoben worden.

- c) Jugoslaven: Nach einer Verordnung der Militärregierung werden ab 17. Oktober 1947 für die Trümmerräumungsarbeiten die in Kiel noch ansässigen Jugoslaven nicht mehr zur Verfügung gestellt.
 - d) Aufräumungsarbeiten. Nach der Erfolgsstatistik sind die Aufräumungsarbeiten in Kiel am weitesten fortgeschritten.
 - e) Fischdampfer: Der Wirtschaftsrat hat einen Neubau von 100 Fischdampfern beschlossen, wovon 12 für Schleswig-Holstein vorgesehen sind. Von der 1. Baurate (12) hat Kiel 2 Neubauten erhalten. Dieser Beschluß ist vom Wirtschaftsrat einstimmig entschieden worden.
 - f) Dankschreiben: Die anlässlich der Straßenumbenennung übersandten Dankschreiben von Professor Anschütz und Professor Weigmann, sowie ein Schreiben der Mennoniten werden verlesen.
 - g) Die Zahl der Beschäftigten bei der CCG beträgt 4.000 Angestellte und 8.000 Arbeiter. Dafür müssen über 2 Mill. RM. aufgebracht werden.
4. Stadtrat Kowalewsky gibt einen umfassenden Bericht über die Arbeit des Sozialamtes (d. Anlage). Abschließend bringt der Oberbürgermeister zum Ausdruck, daß durch diese Ausführungen Dinge bekanntgeworden sind, die bisher unbekannt gewesen sind. Es ist im Laufe des Jahres für die Kieler - Neubürger - eine große fürsorgliche Arbeit geleistet worden unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Da die Betreuungsarbeit der Flüchtlinge durch eine Kieler Zeitung kritisiert worden ist, wurde veranlaßt, diesen Tätigkeitsbericht vor aller Öffentlichkeit zu halten. Der Oberbürgermeister spricht den Dank an alle Mitarbeiter, an die freiwilligen in- und ausländischen Arbeiter und an die Militärregierung aus.
5. Betrifft: Bereitstellung von Mitteln für den Einbau von 2 Hydranten im Wohnblock II, Rendsburger Landstr. 157 (Drs. 271)
Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.
Antrag: Bereitstellung von RM 5.000,-- bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 452/903 unter der Bezeichnung "Einbau von Hydranten im Wohnblock II, Rendsburger Landstraße 157" unter Entnahme aus den Vorbehaltsmitteln 98/791.
Beschluß: Einstimmig nach Antrag.
6. Betrifft: Jahresabschluß 1946. (Drs. 275)
Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.
Antrag: Genehmigung des Jahresabschlusses.
Beschluß: Einstimmig nach Antrag genehmigt.
7. Betrifft: Bewilligung von Mitteln für die Landesschule für Handwerk und angewandte Kunst. (Drs. 285)
Berichterstatter: Stadträtin Kühl.
Antrag: Genehmigung nach § 91 Abs. II DGO zur Leistung folgender Ausgaben bei dem Unterabschnitt 251/:
- a) Überplanmäßige Ausgaben:
 - 54 Fernsprechgebühren 60,-- RM
 - 605 Löhne für Hilfskräfte und für Reinmache-
frauen 4.596,-- "

613	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	396,--	RM
633	Schulwerkstattbetrieb	4.100,--	"
641	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	600,--	"
803	Unterhaltung des Schulinventars, einschl. Ersatz	50,--	"
81	Sachversicherung	80,--	"
82	Gewöhnliche Abschreibungen	140,--	"
86	Haftpflichtversicherungsbeitrag	20,--	"

b) Außerplanmäßige Ausgaben:

70	Steuern	100,--	"
77	Vermischte Ausgaben	50,--	"
902	Ausbau und Neuaufstellung von Maschinen	870,--	"
		<u>11.062,--</u>	<u>RM</u>

Als Mehreinnahme bei dem Unterabschnitt 251/ sind zu setzen:

24	Einnahmen aus den Werkstätten	6.150,--	RM
	Die restlichen	4.912,--	RM

sind der Haushaltsstelle 98/790 zu entnehmen.

Beschluß: Einstimmig nach Antrag genehmigt.

8. Betrifft: Bewilligung von Mitteln für das Erziehungswerke für Schulentlassene. (Drs. 286)

Berichterstatter: Stadträtin Kühl.

Antrag: Genehmigung nach § 91 Abs. II DGO. zur Leistung

a) folgender überplanmäßiger Ausgaben:

241/65	Erziehungsbeihilfen	10.000,--	RM
241/901	Instandsetzung der Lehrlingswerkstatt Kiel-Gaarden	10.000,--	RM

b) folgender außerplanmäßiger Ausgaben:

241/615	Beihilfen an Lehrlinge	500,--	RM
241/971	Beschaffung von Werkzeug	45.000,--	RM

Als Mehreinnahme im Haushaltsplan 1947 ist zu setzen:

Bei 241/22 65,500,-- RM

Beschluß: Einstimmig nach Antrag genehmigt.

9. Betrifft: Neuregelung der Zuständigkeiten im Kieler Hafengebiet.

Berichterstatter: Stadtrat von Seydlitz. (Drs. 293)

- Antrag:
- a) Zustimmung zur Erweiterung des von der Stadt Kiel zu bewirtschaftenden Hafengebietes,
 - b) Zustimmung zur käuflichen oder mietweisen Überlassung des Wassertankschiffes "Eider" und zum Ankauf von 2 Verkehrsbooten,
 - c) Zustimmung zur Einrichtung einer städtischen Hafenüberwachung im Signalturm Blücherhafen.

Berichterstatter trägt nach der Vorlage vor.

Beschluß: Einstimmig nach Antrag.

10. Betrifft: Bewilligung der für die Fertigstellung der Erweiterung des Kraftwerkes Wik und für den Umbau der Schaltanlage erforderlichen Restkosten. (Drs. 294)

Berichterstatter: Stadtrat v. Seydlitz.

Antrag: Genehmigung gemäß § 91 Abs. II DGO. zur Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe von 494.500,-- RM bei den neu einzurichtenden Konten 220/12 mit der Bezeichnung "Restarbeiten für die Erweiterung des Kraftwerkes Wik" und 2205/2 mit der Bezeichnung "Umbau der Schaltanlage im Kraftwerk Wik". Die Finanzierung erfolgt aus eigenen Mitteln der Stadtwerke.

Beschluß: Einstimmig nach Antrag.

11. Betrifft: Jahresabschluß der Hafen- und Verkehrsbetriebe für das Rechnungsjahr 1945. (Drs. 301)

Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.

Antrag: a) Festsetzung des Jahresabschlusses und des Jahresberichts nach § 21 der Eigenbetriebsverordnung,
b) Verzicht auf eine Veröffentlichung.

Beschluß: Einstimmig nach Antrag.

12. Betrifft: Bestellung der Werkleitung der Stadtwerke. (Drs. 303)

Berichterstatter: Stadtrat Schatz.

Antrag: Zustimmung zur den Vorschlägen des Hauptausschusses für Personalfragen, die Werkleitung in folgender Form zu bestellen:

1. Werkleiter: Direktor P l o p p a ,
Werkleiter "Wasser": Betriebsdirektor M e h r e n s ,
Werkleiter "Gas": Betriebsdirektor Dr. S i e b e l ,
Werkleiter "Elektrizität": Betriebsdirektor Dr. S
Schöder

Die Vertretung des 1. Werkleiters erfolgt in der Reihenfolge:

Werkleiter M e h r e n s
" Dr. S i e b e l ,
" Dr. S c h r ö d e r .

Für die Geschäfte der laufenden Verwaltung wird außer Dipl.-Ing. M i s s f e l d t und Stadtamtmann S c h u l z e der Stadtoberinspektor K o c h als Bevollmächtigter der Stadtwerke bestellt.

Beschluß: Vorlage wird zurückgezogen. *zur weiteren Prüfung.*

13. Betrifft: Erlaß von Forderungen. (Drs. 236)

Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.

Antrag: Erlaß von 7.788,95 RM.

Beschluß: Einstimmig nach Antrag.

14. Betrifft: Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Einnahmen beim Ordnungsdienst infolge Übernahme von Arbeitsgebieten des früheren Polizeipräsidenten auf die Stadt Kiel. (Drs. 304)

Berichterstatter: Stadtrat Einfeldt.

Antrag: Genehmigung gemäß § 91 Abs. II DGO. zur Leistung der in der Anlage aufgeführten außer- und überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt RM 222.052,--. Zum Ausgleich der vorstehenden Mehrausgaben sind die Einnahmen bei der Haushaltsstelle 11/13 - Verwaltungsgebühren - um RM 80.000,7 und bei der Haushaltsstelle 11/31 - Sonstige Einnahmen - um 142.052,-- zu erhöhen.

Berichterstatter trägt anhand der Vorlage vor. Von Ratsherrn Hombrecher wurde die Höhe der städtischen Gebühren beanstandet.

Beschluß: Dem Antrag wird zugestimmt, jedoch mit dem Vorbehalt, die Gebührensätze zu überprüfen.

15. Betrifft: Straßenverkehrsamt. (Drs. 305)

Berichterstatter: Stadtrat Schwartz.

Antrag: Bereitstellung von RM. 127.820,-- bei dem neu einzurichtenden Unterabschnitt 718 mit der Bezeichnung "Straßenverkehrsamt" unter Entnahme aus den Vorbehaltsmitteln der Haushaltsstelle 98/791.

Beschluß: Einstimmig nach Antrag.

16. Betrifft: Nachbewilligung von Mitteln für den Ausbau und Umbau des Kinderheims Hof Hammer. (Drs. 311).

Berichterstatter: Stadtrat Kowalewsky.

Antrag: Bereitstellung von 21.000 RM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 471/972 - Einrichtung des Kindervollheims Hof Hammer - II. Rate. - unter Entnahme aus den Vorbehaltsmitteln der Haushaltsstelle 98/791.

Beschluß: Einstimmig nach Antrag.

17. Betrifft: Bezeichnung der Fachausschüsse pp. für das Dezernat Stadtplanung und Bauwesen nach dem neuen Organisationsplan.

Berichterstatter: Oberbürgermeister Gayk.

Antrag: Zustimmung zur Umbenennung einiger Fachausschüsse und Bildung eines Fachausschusses für Trümmerräumung, Aufhebung des bisherigen Fachausschusses für Abbruchangelegenheiten.

Ratsherr Wüstenberg begründet die Vorlage und schlägt vor, den Fachausschuß für Trümmerräumung um zwei Mitglieder zu erweitern. Nach bereits stattgefundenen interfraktionellen Besprechungen werden Ratsherr Preuß, Iltisstr. 15, und Herr Wilh. Henkel, Langenbeckstr. 15 zur Wahl vorgeschlagen.

Beschluß: Die Umbenennung und Neubildung der Fachausschüsse erfolgt nach Antrag. In den Fachausschuß für Trümmerräumung werden Ratsherr Wilh. Preuß, Iltisstr. 15, und Herr Wilh. Henkel, Langenbeckstr. 15, gewählt.
Einstimmiger Beschluß.

18. Betrifft: Erhöhung des Zuschusses an die Hafen- und Verkehrsbetriebe
Berichterstatter: Stadtrat von Seydlitz. (Drs. 313)
Antrag: Bereitstellung weiterer RM 49.140 bei der Haushaltsstelle
84/680 - Zuschuß an den Erfolgsplan für laufende Ausgaben
unter Entnahme aus Verstärkungsmitteln,
RM 10.000 bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle
84/6817 - Umbau eines Kranes -,
RM 21.000 bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle
84/6818 - Grundüberholung der Lokomotive "Kiel I"
unter Entnahme aus Vorbehaltsmitteln.

Beschluß: Einstimmig nach Antrag.

19. Betrifft: Erstattungsansprüche für Instandsetzungsarbeiten
in der Finnenhaussiedlung Schönberg. (Drs. 319)
Berichterstatter: Batscherr Wüstenberg.
Antrag: Genehmigung gem. § 91 Abs. 2 DGO. zur Leistung einer
außerplanmäßigen Ausgabe von 20.787,57 RM bei der
neu einzurichtenden Haushaltsstelle 922/76 mit der
Bezeichnung "Zahlungen aus Vorjahren".
Der Haushaltsfehlbedarf erhöht sich nicht, da folgende
Ausgabeersparnisse eintreten:
Haushaltsstelle 922/800 = 20.787,57 RM.

Beschluß: Einstimmig nach Antrag.

20. Betrifft: Anderweitige Unterbringung der Tbc-Hauptfürsorgestelle
am Stadtring. - 29 320 -
Berichterstatter: Stadtrat Dr. Hell.
Antrag: Genehmigung gemäß § 91 Abs. 2 DGO. zur Leistung einer
außerplanmäßigen Ausgabe von 12.300 RM bei der neu ein-
zurichtenden Haushaltsstelle 520/904 - Ausbau des Erd-
geschosses Haus I der Städt. Krankenanstalten (Tbc-
Hauptfürsorgestelle). Der Haushaltsfehlbedarf erhöht
sich nicht, da Ausgabeersparnisse in gleicher Höhe bei
der Haushaltsstelle 51/652 - Wirtschaftliche Hilfsmaß-
nahmen für Gesundheitsgefährdete - eintreten.

Beschluß: Einstimmig nach Antrag.

21. Betrifft: Übernahme der Rattenbekämpfung 1947/48 auf das
Gesundheitsamt. (Drs. 321)
Berichterstatter: Stadtrat Dr. Hell.
Antrag: Genehmigung gemäß § 91 Abs. 2 DGO. zur Leistung einer
außerplanmäßigen Ausgabe von 47.365 RM bei der neu ein-
zurichtenden Haushaltsstelle 523/903 - Rattenbekämpfung
1947/1948 -. Die Ausgaben werden durch zu erwartende Ein-
nahmen gedeckt.

Beschluß: Einstimmig nach Antrag.

22. Betrifft: Ausbau Mühlenbach. (Drs. 323)
Berichterstatter: Oberbürgermeister Gayk.
Antrag: Bereitstellung von 20.000 RM bei der neu einzurichtenden
Haushaltsstelle 7104/975 mit der Bezeichnung
"Schmutzwasserkanal Mühlenbach" unter Entnahme aus den
Vorbehaltsmitteln der Haushaltsstelle 98/791.

Beschluß:

Beschluß: Einstimmig nach Antrag.

23. Betrifft: Prüfung der Jahresrechnung 1942. (Drs. 325)
Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.
Antrag: Genehmigung des Abschlusses der Jahresrechnung 1942 und Entlastungserteilung der städt. Kassen- und Rechnungsbeamten.

Beschluß: Einstimmig nach Antrag.

24. Betrifft: Umbesetzung von Ausschüssen.
 Beratender Ausschuß beim Arbeitsamt. (Drs. 347)
Berichterstatter: Oberbürgermeister Gayk,
Antrag: Zustimmung zu den Vorschlägen.

Beschluß: Folgende Ausschüsse wurden neu gewählt bzw. neu- und umbesetzt:

Beratender Ausschuß beim Arbeitsamt:

- 1. Ratsherr Book SPD ✓
- 2. Ratsherr Schweim CDU
- 3. Dr. Dabelstein als Vertreter der Verwaltung ✓

Stellvertreter:

- 1. Ratsherr Jahn SPD ✓
- 2. Harro Schumacher CDU
- 3. Dipl. Volkswirt Gabriel als Vertreter der Verwaltung ✓

Ausschuß für die Entnazifizierung von Seeleuten der Handelsmarine:

- Erich Tümmel, Sophienblatt 32/34 SPD
- Reinhard Arp, Prüne CDU ✓
- Robert Martini, Damperhofstr. 4 KPD ✓
- Otto Dohse, Kiel-Elhagen, Ellerb. W. ADGB ✓
- Walter Wahle, Ringstr. 83 als Vertreter ehem. Offiziere der Handelsmarine
- Bruno Siemsen, Flensburger Str. 71 als Vertreter der Schiffseigener.

Ausgeschieden:

Neu:

2d Fachausschuß für Theater.

- | | | | |
|--|-------|---|-------|
| Ratsherr Karl Ratz,
Hohenstaufenring 35 | SPD ✓ | Ratsherr Max Schmidt
Weddigenring 15 (21281) | SPD ✓ |
| Dr. Pohlandt, | CDU ✓ | Dr. Hardt, Holtenauer Str. 98 | CDU ✓ |

4f Kreislizenzausschuß.

- | | | | |
|---|-------|----------------------------|-------|
| Dr. Karl Gläser,
Alte Lübecker Chaussee 22 | CDU ✓ | Max Füllgraf,
Waitzstr. | CDU ✓ |
|---|-------|----------------------------|-------|

5 Hauptausschuß für soziale Verwaltung und Flüchtlingsfragen

- | | | | |
|---------------------------------------|-------|--|-------|
| Frau Ellen Fister
Tirpitzstr. | CDU ✓ | Frau Margarete Falsett
Blücherplatz 8 | CDU ✓ |
| Ratsherr Walter Dobratz
Wahlstr. 5 | KPD ✓ | Karl Plumbaum,
Elisabethstr. 68 | KPD ✓ |

5d Beirat für Schwerkriegsbeschädigte und Hinterbliebene

- | | | | |
|------------------------|--|----------------------------|--|
| Max Bogus, Drewsstr. 3 | | Haferstroh, Bahnhofstr. 16 | |
|------------------------|--|----------------------------|--|

5 f Ausschuß bei der Geschäftsstelle zur Vorbereitung politischer Wiedergutmachung

Ratsherr Walter Dobratz
Wahlestraße 5

KPD

Karl Plumbaum
Elisabethstr. 68, II.

KPD

6da Unterausschuß Kleingartenbeirat

Adolf Horn, Theodor-Storm-Str.17 / Gustav Rethwisch, Stoschstr. 9

6 g Ausschuß für Wohnungsinstandsetzungen

Ratsherr Sager, Esmarchstr. CDU / Ratsherr Preuß, Iltisstr.15 CDU

9 a Fachausschuß für Straßenreinigung, Schlachthof
und sonstige städtische Betriebe.

Dr. Hermann Günther
Grimmstraße 17

CDU

Hermann Lythje
Bartelsallee 3

CDU

10 Hauptausschuß für Wohnungsfragen

Ratsherrin Ungermann
Lutherstr. 17

CDU

Ratsherrin Lena Schröder

CDU

10 d Unterausschuß für Wohnungsfragen, Bezirksstelle Holtenau

Paul Seidler, Lindenweg 18 SPD / Herbert Raid, Grimmstr. 20 SPD

E 1 Entnazifizierungsgremium 1

Ratsherr Walter Dobratz
Wahlestr. 5

KPD

Franz Gügel
Iltisstraße 34

KPD

E 9 Entnazifizierungsausschuß für Erziehungs- und Bildungswesen.

Ratsherr Karl Ratz
Hohenstauenring 35

SPD

Paul Bruhn,
Kiel-Elmschenhagen

SPD

Entnazifizierungsgremium für Polizei und Feuerwehr

a.T.

25. Betrifft: Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 43/69
- Beihilfen und Zuschüsse zur Förderung der Freien
Wohlfahrtspflege -.

Berichterstatter: Stadtrat Kowalewsky.

Antrag: Genehmigung nach § 91 Abs. II DGO. zur Leistung einer
überplanmäßigen Ausgabe von 28.000 RM bei der Haus-
haltsstelle 43/69 - Beihilfen und Zuschüsse zur Förderung
der Freien Wohlfahrtspflege - unter Freigabe des Betrages.

Der Haushaltsfehlbedarf erhöht sich nicht, da Ausgaben in
gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 410/6501 - Laufende
Barunterstützungen für Sozialrentner - eingespart werden
können.

Beschluß: Einstimmig nach Antrag.

Schluss: 11.40 Uhr.

[Handwritten Signature]
Oberbürgermeister

[Handwritten Signature]
Staddirektor

[Handwritten Signature]
Stadtrat

Ratsherr Walter Dobratz
Wahlestraße 5

KPD

Karl Plumbaum
Elisabethstr. 68, II.

KPD

6da Unterausschuß Kleingartenbeirat

Adolf Horn, Theodor-Storm-Str.17 / Gustav Rethwisch, Stoschstr. 9

6 g Ausschuß für Wohnungsinstandsetzungen

Ratsherr Sager, Esmarchstr. CDU / Ratsherr Preuß, Iltisstr.15 CDU

9 a Fachausschuß für Straßenreinigung, Schlachthof
und sonstige städtische Betriebe.

Dr. Hermann Günther
Grimmstraße 17

CDU

Hermann Lythje
Bartelsallee 3

CDU

10 Hauptausschuß für Wohnungsfragen

Ratsherrin Ungermann
Lutherstr. 17

CDU

Ratsherrin Lena Schröder

CDU

10 d Unterausschuß für Wohnungsfragen, Bezirksstelle Holtenau

Paul Seidler, Lindenweg 18 SPD / Herbert Raid, Grimmstr. 20 SPD

E 1 Entnazifizierungsgremium 1

Ratsherr Walter Dobratz
Wahlestr. 5

KPD

Franz Gügel
Iltisstraße 34

KPD

E 9 Entnazifizierungsausschuß für Erziehungs- und Bildungswesen.

Ratsherr Karl Ratz
Hohenstaufenring 35

SPD

Paul Bruhn,
Kiel-Elmschenhagen

SPD

Entnazifizierungsgremium für Polizei und Feuerwehr

Heinrich Hohmann, Deliusstr.17 CDU
Dr. Max Pohland
Waitzstraße 16

CDU

Eduard Plage, Stoschstr.8
Straßenheim
Iltisstraße 45

CDU

CDU

Ratsherr Walter Dobratz 5
Wahlestraße 5

KPD

Alois Czieslik
Georg-Pflingsten-Str. 10

KPD

26 Verschiedenes

Ratsherr Jahn übermittelt den Dank der Holmagarbeiter für die eingegangene Spende in Höhe von 85.000 RM. Das Hilfskomitee wurde nicht genehmigt. Da die bisherigen Spenden nur einen Teil des Lohnausfalls decken, wird gebeten, weiterhin für die Holmagarbeiter durch die Betriebsräte Gelder einzuzahlen.

Ratsherr Stade bringt zum Ausdruck, daß er festgestellt habe, daß in bereits von Trümmern geräumten Straßen, die Hausweinwohner den anfallenden Bauschutt wieder vor ihre Häuser werfen. Stadtrat Einfeldt macht darauf die Mitteilung, daß bereits 55 Kieler Hauseigentümer aufgefordert sind, diesen Schutt beseitigen zu lassen.

Schluß: 17.40 Uhr.

[Handwritten Signature]
Oberbürgermeister

[Handwritten Signature]
Staddirektor

[Handwritten Signature]
Stadtrat

Die Arbeit des Sozialamtes.

Als das dritte Reich sein Ende fand, war dem deutschen Volk ein Maß an Not und Elend hinterlassen worden, wie man es kaum zuvor für möglich gehalten hätte. Unsere Heimat- und Vaterstadt Kiel war auf das Schwerste betroffen. 5.727 Männer mußten auf den Schlachtfeldern ihr Leben lassen. Tausende hatten ihre gesunden Gliedmaßen hergegeben und kehrten als Körperbehinderte in die Heimat zurück.

Rund 42.000 Familien waren nicht nur obdachlos geworden, sondern hatten auch ihre Möbel und Einrichtungsgegenstände verloren. Es galt aber nicht nur diesen Menschen eine neue Unterkunft u.s.w. zu beschaffen, sondern darüber hinaus den in den Jahren 1945/46 nach Kiel geleiteten 24.630 Flüchtlingen und Ausgewiesenen helfend zur Seite zu stehen. Hierzu kam, daß unsere Industrie zerstört und lahm gelegt war.

Somit sah sich das Sozialamt der Stadt Kiel vor Problemen und Aufgaben gestellt, wie sie nie eine Zeit vor uns kannte. Für die Ausgebombten, Flüchtlinge, für die Kriegshinterbliebenen, die Alten, Kranken und Siechen, für die eltern und heimatlosen Kinder und Jugendlichen war dringende Hilfe notwendig.

Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung sowie sinnvolle Arbeit und Beschäftigung mußte besorgt und zur Verfügung gestellt werden. Um all diese Aufgaben zu erledigen waren die Dienststellen des Sozialamtes nicht nur auf die Mithilfe anderer Dezernate, wie Wohnungsamt, Planungs- Gesundheits- Wirtschafts- und Stadtbauamt, sondern auch auf die Unterstützung der Militärregierung, der Landesregierung, des Arbeitsamtes, der freien Wohlfahrtsverbände des In- und Auslandes, sowie weitester Kreise der Bevölkerung und der Hilfsbedürftigen angewiesen.

In engster Zusammenarbeit mit dem Wohnungsamt ist es gelungen, von den 24.630 nach Kiel gekommenen Flüchtlingen und Ausgewiesenen 16.707 in feste Wohnungen und Behelfswohnungen unterzubringen, d.h. 3/4. 7.923 Personen befinden sich heute noch in den 22 Lagern der Gemeinschaftslagerverwaltung, von denen 3 in festen Gebäuden sich befinden. Viele Familien sind noch heut gezwungen, unter äußerst primitiven Verhältnissen in den Barackenlagern ihr Dasein zu fristen. Während im Stadtgebiet all jene, die in festen Wohnungen eingewiesen sind, einen eigenen Wohnraum je Familie besitzen und während im Durchschnitt hier selbst auf je Person 5 qm entfallen, müssen in den Flüchtlingslagern nicht selten 3 - 4 Familien bis zu 28 Personen in einen Raum leben, der gleichzeitig als Vorratsraum, als Küche, Wohn- und Schlafstube dient. Im Durchschnitt entfallen hier auf je Person 4 qm, oftmals stehen nur 2,8 - 3,6 qm je Person zur Verfügung. Diese Art der Unterbringung ist von gesundheitlichen, ethischen und moralischen Gesichtspunkten nicht mehr zu verantworten. Eine Unterteilung der Räume ist zu einer dringenden Notwendigkeit geworden. Trotz aller Bemühungen und engster Zusammenarbeit mit dem Stadtbauamt war es wegen Materialmangels nicht möglich, diese Unterteilung weiter durch zu führen. Nichts blieb unversucht, um neuen zusätzlichen Wohnraum zu erhalten, damit die Menschen ihr Eigenleben wieder selbst gestalten können. Leider bisher auch ohne wesentlichen Erfolg. Es wird aber allen in Verbindung mit dem Planungsamt, dem Wohnungsamt und Stadtbauamt getan, um neuen zusätzlichen Wohnraum zu erhalten, denn nichts darf unversucht bleiben, jene

Menschen, die noch in Wellblechhütten ihr Dasein fristen, nach Möglichkeit noch vor Beginn des Winters umzuquartieren.

Es darf und kann aber auch nicht geduldet werden, daß Menschen in Wohnräumen hausen, die gleichzeitig auch als Vorratsräume dienen. Um dieses zu verhindern, ist die Gemeinschaftslagerverwaltung eifrigst bemüht, besondere Vorratsräume zu schaffen. Wegen des allzu engen Zusammenlebens und des beklagenswerten Zustandes in denen sich die Lagerinsassen befinden, greift eine immer größer werdende Hoffnungslosigkeit um sich. Die seelische Verfassung wird immer schlechter und eine totale Verärgerung mit der Umwelt macht sich in immer größerem Umfange bemerkbar. Um diesem zu begegnen, wird in monatlich stattfindenden Lagerversammlungen zu den Lagerproblemen Stellung genommen. Trotz aller Schwierigkeiten, trotz aller Hindernisse ist es durch die Mithilfe der Lagerinsassen und der Lagerbeiräte, sowie durch die Mithilfe der Patenschaften durch die Kieler Betriebe, der freien Wohlfahrtsverbände, der Notgemeinschaft, der ausländischen Hilfsorganisationen u.s.w. gelungen, im Laufe des letzten halben Jahres die Läger wohnlicher und schöner zu gestalten. Kleingärten und Grünflächen wurden angelegt.

Ein wesentlicher Erfolg ist die Neufestsetzung der Mieten. Es ist hiermit das Mieteproblem noch nicht völlig abgeschlossen, da eine entgeltliche Mietregelung von der Landesregierung angekündigt ist.

Die Miete setzt sich im Vergleich zu den alten Sätzen nunmehr wie folgt zusammen:

	Alter Satz	Neuer Satz
Einzelperson	9,--	8,60
Haushalt 2 Personen	16,50	11,20
Haushalt 3 Personen	21,50	13,80
" 4 "	25,--	16,40
" 5 "	25,--	19,--

Die Grundmiete wird nach Quadratmetern errechnet.

Neben einer menschenwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge in geeigneten Wohnräumen bleibt es das Hauptziel, die soziale Lage der Flüchtlinge zu verbessern, sie wieder auf den Weg der Eigenverantwortlichkeit zurückzubringen. Durch die Gewährung von Unterstützung aus öffentlichen Mitteln kann dieses nicht geschehen, sondern nur durch die Zuweisung geeigneter Arbeit. Es darf in unserer Stadt keinen Unterschied zwischen Einheimischen und Flüchtling geben. Der Flüchtling muß in allem das Gefühl haben, wie ein Einheimischer angesehen und behandelt zu werden. Durch Arbeit will er seinen Lebensunterhalt selbst verdienen und nicht durch Unterstützung sein Leben fristen. Erfreulicher Weise sind alle in den Gemeinschaftslagern untergebrachten arbeitsfähigen Männer und alleinstehende Frauen in den Produktionsprozeß eingereiht. Im Hinblick auf den Verlust des ganzen Hab und Guts wird bei der Beschaffung neuer Möbel, Bekleidung und Einrichtungsgegenständen durch einmalige Beihilfen geholfen. Nach den Richtlinien der Landesregierung wird in Fällen nachgewiesener Notlage für Bekleidung und Hausrat je Partei 100,-- RM gewährt. In manchen Fällen, besonders bei kinderreichen Familien, reicht dieser Betrag bei weitem nicht aus, um beispielsweise Betten oder sonst dringende Hausratsgegenstände zu beschaffen. Aus diesen Gründen mußte in verschiedenen Fällen der Betrag von 100,-- RM bei weitem überschritten werden. Für die Beschaffung von Brennstoff wurden außerdem je Partei 60,-- RM zur Verfügung gestellt.

Von den Abteilungen der Allg. Fürsorge, der Flüchtlingsfürsorge und der Abtl. für Familienunterhalt wurden insgesamt im Mai 9.551 Parteien und im September 8.926 Parteien betreut. Es ist ein langsames Absinken durch Arbeitsvermittlung und Arbeitsaufnahme zu verzeichnen. Nur bei der Allg. Fürsorge macht sich eine geringe steigende Tendenz bemerkbar. Dieses ist zum überwiegenden Teil auf die Rückkehr der Kriegsgefangenen zurückzuführen. Ein großer Teil, der aus der russischen Kriegsgefangenschaft Heimgekehrten können wegen ihrer körperlichen und seelischen Verfassung dem Erwerbsprozeß nicht zugeführt werden. Alles wird und muß getan werden, um diesen Menschen wieder einen inneren Halt, eine neue Hoffnung zu geben. Wir sind verpflichtet, alles zu tun, um diese Menschen und ihre Familien zu unterstützen. Am wirksamsten kann diese von der Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene geschehen. Mit der Einführung dieser Betreuung wird den Heimkehrern ein großer Teil ihrer Sorgen genommen werden.

Seit April dieses Jahres hat die Dienststelle der amtlichen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene die Betreuung der aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Männer und Frauen übernommen. Die Aufgabe der Betreuung ist es, den Heimkehrern den Übergang von der Gefangenschaft in das Zivilleben zu erleichtern, sie zu beraten und bei den verschiedenen Dienststellen in Bezug auf Zuzug, Unterkunftsbeschaffung, Kartenbezug und Arbeitsvermittlung zu unterstützen. Darüber hinaus ist es die Aufgabe dieser Dienststelle, den Kriegsgefangenen bei der Gewährung von Beihilfen zur Bestreitung der ersten notwendigen Ausgaben, bei der Überweisung in ärztliche Behandlung, gegebenenfalls Krankenhausbehandlung, bei der Vermittlung von Wuren in Erholungsheimen behilflich zu sein. Als wichtigste Aufgabe gilt die Versorgung mit Kleidung und die Suche nach den Angehörigen. Während durchreisende Heimkehrer im Durchgangslager Augustenburger Platz gepflegt und in einer Sonderbaracke für die Nacht untergebracht werden, wird die ehemalige Waldschule Viehburg ausgebaut, um den Heimkehrern, die Wohnung, Heimat und Angehörige verloren haben, eine Unterkunft zu geben, bis sie wieder in das Wirtschaftsleben eingegliedert werden können.

• Vom Monat Mai bis zum 30. September wurden insgesamt 638 Heimkehrer betreut. Hiervon kehrten 121 aus englischer, 42 aus amerikanischer, 179 aus französischer, 248 aus russischer und 48 aus belgischer Kriegsgefangenschaft heim. Von diesen waren vor Eintritt in die Wehrmacht 174 in Kiel beheimatet und 464 aus der Ostzone. An Beihilfen wurden 22.159,-- RM gezahlt. 318 Heimkehrer konnten dank der Mithilfe der freien Wohlfahrtsverbände und vor allem der Mithilfe der Notgemeinschaft mit Kleidungsstücken versehen werden. Für 138 durchreisende Heimkehrer wurden Fahrkarten im Werte von 1.371,-- RM verausgabt.

Große Sorge bereitet die Unterbringung der Schwerbeschädigten in geeigneten Arbeitsplätzen. Rund 1.800 Schwerbeschädigte sind noch heute beschäftigungslos. Nach Anordnung der Mil.Reg. obliegt die Arbeitsvermittlung der Schwerbeschädigten nunmehr dem Arbeitsamt. Da durch die Fehlzweisungen immer häufiger Klagen von seiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auftraten, mußte die Dienststelle immer stärker eingeschaltet werden. Zahlreiche Betriebe sind von den Versichertenbetreuern aufgesucht und die Arbeitsplätze überholt worden. Durch persönliche

Fühlungnahme sind wiederholt zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten für Schwerbeschädigte beschafft worden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der amtlichen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene und dem Arbeitsamt wird angestrebt. Hierdurch ist zu erhoffen, daß durch eine individuelle Vermittlung diese sich zum Wohle der Schwerbeschädigten und zum Nutzen der Allgemeinheit auswirkt.

Infolge der Kriegseinwirkungen wurden die städtischen Altersheime Nord, Süd und Ellerbek sowie das Versorgungsheim Neumühlen-Dietrichsdorf zerstört. Als einziges städteignes Heim ist heute lediglich das Versorgungsheim Kronshagen trotz erheblicher baulicher und sonstiger Mängel in Betrieb. Die durchschnittliche monatliche Belegungsstärke beträgt hier 94 Personen. In mehreren auswärtigen Heimen wurden der Stadt Kiel Plätze zur Unterbringung der Alten zur Verfügung gestellt. Die Plätze reichen aber bei weitem nicht aus, da sich unter den nach Kiel geleiteten Flüchtlingen eine erhebliche Anzahl alter und pflegebedürftiger Männer und Frauen befinden, deren körperlicher- und Allgemeinzustand die Unterbringung in einem Alters- bzw. Versorgungsheim erforderlich macht.

Aus diesen Gründen soll zunächst das städteigene Lager Rumohr als Altersheim hergerichtet werden.

Durch die Kriegsgeschehnisse, die damit verbundenen Nachkriegsereignisse macht sich neben den verheerenden Wohn- und Lebensverhältnissen auch eine körperliche, seelische und geistige Schwächung unserer Kinder und Jugendlichen immer stärker bemerkbar. Durch die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse, durch die jahrelange Trennung zwischen Mann und Frau nehmen die Zerrüttungen der Ehen erheblichen Umfang zu. Im Jahre 1946 wurden vom Jugendamt die Kinder von 335 Familien betreut, deren Eltern vor der Scheidung standen; vom 1. April 1947 bis 30. September 1947 betrug diese Zahl schon 360. Es ist eine Verdoppelung der Zahl gegenüber dem Vorjahr festzustellen.

Heute, da die Eltern durch die wirtschaftlichen Sorgen, durch die Not und das Elend abgestumpft sind, dadurch keine Lust zur Wartung und Aufsicht ihrer Kinder besitzen und auch viel zu schwach und unfähig sind, sich um die Entwicklung derselben zu kümmern, ist das Jugendamt verpflichtet, sich um den jungen Menschen zu bemühen und ihm ein Mindestmaß an Erziehung zu gewähren. Gleichzeitig gilt es die Mütter zu entlasten und ihnen die Möglichkeit zu geben, durch Arbeitsaufnahme ihre Familie selbst zu erhalten. In den Lagern der Gemeinschaftslagerverwaltung sind von den 7.923 untergebrachten Personen 2.775 Kinder bis zu 14 Jahren. Um diese galt es sich besonders zu kümmern. Flüchtlingskindergärten wurden in folgenden Lagern eröffnet: Schulenburg, Mai 1947; Drachensee, Juli 1947; Eckernförder Chaussee, August 1947; Scheerlager, 1947. Die Einrichtung eines fünften Flüchtlingskindergartens wird höchstwahrscheinlich noch in diesem Jahr im Lager Friedrichsort eröffnet. Fünf weitere werden 1948 folgen. Außerdem wurden 2 Kindertagesheime in der Arkonstraße und Winterbeker Weg eröffnet. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird noch in diesem Jahr der Wiederaufbau des Kindertagesheimes Kaiserstraße 100 vollendet sein.

Im Jahre 1945 wurden in 3 Kindergärten 144 Kinder betreut. 1946 stieg die Zahl in 4 Kindertagesheimen auf 310 und heute beträgt die Zahl der in 10 Kindertagesstätten Betreuten 884 Kinder, also 728 mehr als 1945. Um den vielen eltern- und heimatlosen Kindern

ein Ersatz für das Elternhaus zu geben, galt es nicht nur für diese Pflegestellen zu schaffen und zu kontrollieren, sondern für Unterbringung in eigene Vollheime Sorge zu tragen. Durch Umorganisation wurde die Belegungsziffer im Heim Südensee von 40 auf 65 erhöht. Der Umbau des ehemaligen Herrenhauses auf Hof Hammer, der künftigen Jugendzentrale Kiels, wird voraussichtlich auch noch in diesem Jahr vollendet sein; aber schon jetzt sind dortselbst 65 Kinder untergebracht.

Im September 1947 wurde ebenfalls auf dem Gelände Hof Hammer ein Mütter- und Säuglingsheim eröffnet, in welchem 15 Mütter mit ihren Säuglingen Aufnahme finden können.

Im Lager Friedrichsort wurde eine Kinderstation für Mütter mit Säuglingen in Betrieb genommen. 36 Betten, die durch Selbsthilfe erstellt wurden, stehen hier zur Verfügung. Die Wäsche wurde z.T. von dem Schweizer - Hilfswerk gespendet. Zwei geprüfte Säuglings-schwestern und eine Schwester haben die Betreuung und Pflege der Säuglinge übernommen.

Neben der Fürsorge für die vorschulpflichtigen Kinder, war eines der vordringlichsten Probleme die Fürsorge für die schulentlassene Jugend. Durch die Kriegsereignisse, durch Flucht und Ausweisung, durch schlechte zerschlossene Kleidung und erbärmliche Unterkunft sowie mangelnde Ernährung, sind große Teile der Jugend in Gefahr geraten. Während die Zahl der Überwachungsfälle in der Vorkriegszeit 216 betrug, waren die Zugänge in der Zeit vom 1. April bis 30. September 577, so daß zur Zeit 2.246 Jugendliche, also das 10-fache der Vorkriegszeit, vom Jugendamt überprüft werden. An Jugendgerichtsfällen sind in der Zeit vom 1. April bis 30. September 236 zu verzeichnen. Im Jahr würden demnach 564 Fälle die bisher höchste Jahresziffer sein. 1928 betrug die Zahl 125, 1933 127, 1945 282.

Vom Jugendwohlfahrtsausschuß und vom Jugendamt wurde klar erkannt, daß es eines der vordringlichsten Probleme der Jugendfürsorge ist, die Jugend wieder sesshaft zu machen, sie wieder in den Arbeitsprozeß und in geordnete Wohn- und Lebensverhältnisse einzugliedern. Durch die Schaffung eines Jugendwohnheimes auf Hof Hammer, in welchem 90 Jugendliche Unterkunft fanden, wurden die Voraussetzungen für geordnete Lebensverhältnisse geschaffen. Durch engstes Zusammenarbeiten mit dem Arbeitsamt wurden die Jugendlichen entweder in ein Lehr- oder Arbeitsverhältnis gebracht. In inniger Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt wird ein freiwilliger Jugenddienst eingerichtet, der eine Beschäftigung Jugendlicher bei freier Unterkunft und Verpflegung, sowie Zahlung eines kleinen Entgelts vorsieht.

Durch die Bemühungen des Jugendamtes ist es gelungen, in allen Heimen, Kindertagesstätten, Kindervollheimen, Jugendwohnheimen u. s. w. zusätzliche Verpflegung zu erhalten. Nur durch äußerste Kraftanspannung war es möglich, all diese Einrichtungen zu schaffen. Hindernisse und Schwierigkeiten galt es, in unendlicher Zahl zu überwinden. Dank der Hilfe des Wirtschaftsamt, der Militärregierung, der Notgemeinschaft usw. gelang es, all das viele Inventar zu beschaffen.

Für die Jugendgruppen konnten Räume in dem Jugend- und Kinderheim in Friedrichsort, im Behelfsjugendheim Hohenstauenring und im Kindertagesheim Winterbeker Weg zur Verfügung gestellt werden. In Kürze werden die Jugendgruppen 7 Räume in der Kaiserstraße 100 und 4 Räume in Elmschenhagen Jettkorn 5 in Betrieb nehmen.

- 4 -

Viel bleibt aber noch zu tun übrig. Die ungeheuer große Massennot, die Hilfsbedürftigkeit, die heute fast unser ganzes Volk erfaßt hat, ist in ihrem Umfang und ihrer Vielseitigkeit eine Begleiterscheinung unserer sozialen Verhältnisse. Sie sind nur durch soziale Gesetze, durch die staatlichen Organe und Einrichtungen sowie durch die Heranziehung aller Volksschichten zur Mitarbeit zu bekämpfen. Das Gebot der Stunde ist eine Entwicklung der Planwirtschaft in der Wohlfahrtspflege. Vor uns liegt ein harter Winter. Manche Klippe gilt es noch zu umschiffen, ehe wir das Meer der Not und des Elends hinter uns gebracht haben. Wir dürfen und wollen nicht verzagen und klagen, sondern für unsere Kinder schaffen, wie es Vöttinger in folgenden Worten zum Ausdruck bringt:

"Mein deutsches Volk nun klage nicht; - nun trag mit Würde nach der Schlacht, - was dir an Leid noch zugebracht; - das Schicksal hält mit Dir Gericht. - Mein Deutsches Volk, verzage nicht, - die Sühne wird dir nicht geschenkt; - doch trag das Haupt nicht gramgesenkt - und tu mit Stolz die harte Pflicht. - Des Jammers ist es nun genug; - nimm nun den Hammer, nimm den Pflug, - und will der Arm erschlaffen, - wirf auf die Kinder einen Blick - und wisse, darin liegt das Glück - und dafür gilt's zu schaffen."

Die Aufgabe des Sozialamtes ist es, nach den vorhandenen Fürsorgegesetzen und Verordnungen die Hilfsbedürftigen wohlfahrtspflegerisch und fürsorgerisch zu betreuen und zu unterstützen, ja, alles zu tun, um den Hilfsbedürftigen den nötigen Lebensbedarf zu gewähren, sie wieder lebensfähig und arbeitsfähig zu machen. Da heute nicht nur Mangel an Geld, sondern vor allem an Materialien, an Bekleidung, an Wohnraum, an Lebensmitteln und sonstiger zum Lebensbedarf benötigter Güter vorhanden ist, sind dem Sozialamt heute weit größere Aufgaben gestellt als vor 1933.

1) Auszüge aus der Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung am 5. November 1947, Rathaus, Ratssaal, erhalten:

- Von Punkt 5) der Tagesordnung:
- | | | | |
|-------|---|-----|--|
| | | | a) ✓ Hausverwaltungsamt zur weiteren Veranlassung |
| | | | b) ✓ Kämmereiverwaltung zur Kenntnis |
| 14/19 | " | 6) | " ✓ Kämmereiverwaltung zur weiteren Veranlassung |
| W | " | 7) | " a) ✓ Schulamt zur weiteren Veranlassung
b) ✓ Kämmereiverwaltung zur Kenntnis. |
| | " | 8) | " a) ✓ Schulamt zur weiteren Veranlassung
b) ✓ Kämmereiverwaltung zur Kenntnis. |
| | " | 9) | " a) ✓ Hafena und Verkehrsamt zur weiteren Veranlassung
b) ✓ Kämmereiverwaltung zur Kenntnis. |
| | " | 10) | " a) ✓ Stadtwerke zur weiteren Veranlassung
b) ✓ Kämmereiverwaltung zur Kenntnis. |
| | " | 11) | " ✓ Kämmereiverwaltung zur weiteren Veranlassung. |
| | " | 12) | " ✓ Personalamt zur weiteren Veranlassung. |
| | " | 13) | " ✓ Hauptamt |
| | " | 14) | " a) ✓ Ordnungsamt zur weiteren Veranlassung
b) ✓ Kämmereiverwaltung zur Kenntnis. |
| | " | 15) | " a) ✓ Wirtschaftsamt zur weiteren Veranlassung
b) ✓ Kämmereiverwaltung zur Kenntnis. |
| | " | 16) | " a) ✓ Jugendamt zur weiteren Veranlassung
b) ✓ Kämmereiverwaltung zur Kenntnis. |
| | " | 17) | " ✓ Dezernatsbüro für Stadtplanung und Bauwesen zur weiteren Veranlassung |
| | " | 18) | " a) ✓ Hafen- und Verkehrsamt zur weiteren Veranlassung
b) ✓ Kämmereiverwaltung zur Kenntnis. |
| | " | 19) | " a) ✓ Hausverwaltungsamt zur weiteren Veranlassung
b) ✓ Kämmereiverwaltung zur Kenntnis. |
| | " | 20) | " a) ✓ Gesundheitsamt zur weiteren Veranlassung
b) ✓ Kämmereiverwaltung zur Kenntnis |
| | " | 21) | " a) ✓ Gesundheitsamt zur weiteren Veranlassung.
b) ✓ Kämmereiverwaltung zur Kenntnis. |
| | " | 22) | " a) ✓ Dezernatsbüro für Stadtplanung und Bauwesen.
b) ✓ Kämmereiverwaltung zur Kenntnis |
| | " | 23) | " ✓ Hauptamt zur weiteren Veranlassung |

Von Punkt 24) der Tagesordnung: /Hauptamt zur weiteren Ver-
anlassung.

" " 25)a.T. "

- a) ^{Fürsorgeamt} Personalamt zur weiteren Ver-
anlassung
b) Kämmereiverwaltung zur Kenntnis.

2). *zu*

I.A.

Lehner

Le